

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,50 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Zeit und Welt' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Filmwelt', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts', 'Bild in die Zukunft' und 'Kulturarbeit' erscheint wöchentlich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzeile 80 Pfennig, Reklamzeile 2, - Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das festgedruckte Wort 25 Pfennig (ausfällig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 16. Juni 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Bekanntnis zur Locarnopolitik.

Das Ergebnis der Sechserkonferenz.

W. S. Genf, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Konferenz der Locarnomächte am heutigen Nachmittag dauerte über zweieinhalb Stunden.

Mit der heutigen Sitzung haben nach zweitägiger Dauer die Besprechungen der Locarnomächte in Konferenzform ein vorläufiges Ende gefunden.

Über den Inhalt der heutigen Konferenz wird berichtet, daß die Räumung des Rheinlandes von keiner Seite angeknüpft wurde.

Keine Kampffront gegen Rußland.

Genf, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das am Mittwoch herausgegebene Kommuniqué geht über die wichtige Diskussion hinweg, welche dem Verhältnis der kontinental-europäischen Staaten Rußland gegenüber gewidmet war.

Es hat sich, und das ist der große Vorteil der Besprechungen, die hier stattgefunden haben, jedenfalls herausgestellt, daß die kontinental-europäischen Staaten nicht geneigt sind, irgendeine Katastrophopolitik zu betreiben.

Moskau will, daß Deutschland 'optiere'.

Moskau, 15. Juni. (D. E.) Die Genfer Besprechungen zwischen Stresemann, Briand und Chamberlain haben in Moskau eine starke Resonanz hervorgerufen.

Deutschland nunmehr vor der Wahl zwischen Moskau und London steht. Die politischen Kreise des Reiches wollen jedoch einer solchen Option immer noch ausweichen.

Frage komme. Die 'Iswestija' glauben nicht, daß gegenwärtig objektive Voraussetzungen für eine Beilegung des englisch-russischen Konflikts vorliegen.

Die Parole 'Wer nicht für mich ist, ist wider mich' ist nicht ganz neu. Sie ist sogar älter als das Evangelium.

In diesem, aber nur in diesem Sinne hat die Sowjetregierung recht, wenn sie behaupten läßt, die ganze Welt, außer den Kommunisten, habe sich gegen Sowjetrußland verbündet.

Der hier wiedergegebene Artikel der 'Iswestija' zeigt, daß diese simplistische Denkweise in Moskau immer größere Fortschritte macht.

Demgegenüber sei den Russen mit aller Entschiedenheit erklärt: Kein ernsthafter Mensch in Deutschland denkt daran, zu 'optieren'.

Daß sich die Räumungsaussichten verschlechtert haben, ist eine Erkenntnis, die wir auch ohne die Hilfe der 'Iswestija' gewonnen haben.

Vor allem aber wissen wir, daß die Verschlechterung der außenpolitischen Lage Deutschlands nicht behoben werden würde, wenn das Reich sich nach dem Gebot der 'Iswestija' für Sowjetrußland entscheiden würde.

Rußland bleibe uns also mit seinen Redensarten von der 'notwendigen Option' gefälligst vom Leibe. Wir fordern vielmehr von der Reichsregierung, daß sie ihre bisherige Neutralität unbedingt auch in Zukunft wahre - und die Moskauer Machthaber werden uns vielleicht sehr bald dankbar dafür sein, daß es überhaupt eine Macht gibt, die in der Lage und gewillt ist, die notwendige Vermittlung zu übernehmen.

Schlappe des Bürgerblocks.

Die Erhöhung der Postgebühren vom Reichstag abgelehnt.

Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei hatte, wie wir bereits mitteilten, beschlossen, den Antrag zu stellen, 'den Herrn Reichspostminister zu ersuchen, die Vorlage an den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost auf Erhöhung der Postgebühren zurückzuziehen'.

Die Annahme des Antrages, gegen den lediglich die Regierungsparteien stimmten, bedeutet nicht nur für den Reichspostminister eine Niederlage, sondern diese Niederlage trifft das gesamte Reichskabinett.

Dies gilt auch ganz besonders für die bevorstehende Erhöhung der Beamtenbesoldung. Einerseits hat man es abgelehnt, unserem Antrag zu folgen und wenigstens den Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen vom 1. April ab Vorschüsse auf die versprochene Besoldungsordnung zu zahlen.

Diese Sachlage hatten auch unzweifelhaft die Regierungsparteien erkannt, und es war ihnen äußerst peinlich, daß nun ihre wahre Absicht aufgedeckt wurde, zur Stärkung der Reichseinnahmen Massenbelastungen, die vielleicht im Reichstag gescheitert wären, auf dem Wege über die Posterhöhung und ohne Rücksicht auf die Folgen für die Wirtschaft durchzuführen.

Der Reichstag hat nun gesprochen und in seiner Mehrheit verlangt, daß der Reichspostminister die Gebühren-

vorlage zurückzuziehen. Es wird abzuwarten bleiben, was nun in der am Freitag stattfindenden Sitzung des Verwaltungsrats der Reichspost geschehen wird. Man darf darauf gespannt sein, ob der Reichspostminister und der Verwaltungsrat es wagen werden, sich dem Willen des Reichstags zu widersetzen. Dies wäre nicht nur eine Brüstung des Reichsparlaments, das den Verwaltungsrat erst geschaffen und seine Vertreter in ihn entsandt hat, sondern es wäre auch politisch unklug, weil ein solcher Schritt unbedingt weitere Folgen nach sich ziehen müßte, zu denen letzten Endes auch die Aufhebung des Reichspostfinanzgesetzes gehören würde.

Wir vermögen uns nicht vorzustellen, daß ein solcher Konflikt für den Reichspostminister und seinen Verwaltungsrat glücklich ausgehen könnte. Deshalb raten wir dazu, dem Willen des Reichstags Rechnung zu tragen und die Gebührenvorlage zurückzuziehen. Ist später ein klares Finanzbild der Post geschaffen, läßt sich sowohl die Entwicklung des neuen Fernsprechtarifs als auch der Verkehrssteigerung und der hieraus resultierenden Einnahmen beurteilen, wird ein wirklicher Bedarf an Gebührenerhöhung dann noch nachgewiesen, so wird sich niemand einer erneuten Prüfung der Frage der Gebührenerhöhung verschließen. Für jetzt muß das Kapitel aber abgeschlossen sein.

Die Kommunisten mögen darüber loben, daß die Sozialdemokraten es abgelehnt haben, ihrem Mißtrauensvotum gegen den Reichspostminister zuzustimmen. Lassen wir ihnen dies Vergnügen. Mehr als die Einbringung von Mißtrauensvoten, die gegenwärtig ja doch keine Aussicht auf Annahme haben, erscheint uns die Tatsache, daß unser Antrag auf Zurückziehung der Gebührenvorlage angenommen und gegen eine neue Massenbelastung eine sichtbare Warnungstafel aufgerichtet worden ist. Wenn die Sozialdemokraten ein Mißtrauensvotum für angebracht halten, dann werden sie es auch ohne die Kommunisten einbringen, und zwar zu einem Zeitpunkt, den sie selbst und nicht die Kommunisten bestimmen.

11. August - Nationalfeiertag.

Sozialdemokratischer Antrag. — Die Demokraten dafür. — Und das Zentrum?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Gesetzes über die Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag nunmehr eingebracht. Der Entwurf besteht aus folgenden Paragraphen:

§ 1. Nationalfeiertag des deutschen Volkes ist der 11. August als Verfassungstag. Er ist Fest- oder allgemeiner Feiertag im Sinne reichs- und landesrechtlicher Vorschriften.

§ 2. Am Nationalfeiertage sind alle öffentlichen Gebäude in den Reichsarten zu besetzen. In allen Schulen sind für Lehrer und Schüler verbindlich, der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten; fällt der Nationalfeiertag in die Schulfreizeit, so finden diese Feiern bei Wiederbeginn des Unterrichts statt.

Der Antrag hat auch die Unterstützung der demokratischen Reichstagsfraktion gefunden. Die Zentrumskommunisten haben sich ihre Stellungnahme einstweilen vorbehalten.

Der Gesetzentwurf entspricht wörtlich dem im Jahre 1922 eingebrachten Gesetzentwurf, der die Namen Müller, Franken, Marx und Dr. Petersen trägt. Er entspricht also der Stellungnahme des Zentrums im Jahre 1922, so daß man gespannt sein kann, wie das Zentrum, das damals der Weimarer Koalition angehörte, sich gegenwärtig verhält, wo es in der Rechtskoalition sitzt.

Der sozialdemokratische Pressedienst meldet:

Von unternommenen Seite erfahren wir, daß sich der deutsche Reichsminister des Innern jetzt doch entschlossen hat, anlässlich des bevorstehenden Verfassungstages einen Kundentag herauszugeben, falls der Reichstag den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ablehnt.

Deutsche und russische Musik im Buch.

von Kurt Singer.

Seit vielen Jahren erscheinen die Fimmelschen Beethoven-Jahrbücher nicht mehr. Es waren das Sammelbände, in denen die ganze wissenschaftliche Welt philologische und künstlerische Kärnerarbeit am Werk Beethovens leistete. Der 100. Todestag bringt nun die Wiedereröffnung dieser wertvollen Archive. Adolf Sandberger, der Musikgelehrte aus München gibt bei Fischer (München) das Beethoven-Jahrbuch neu heraus. Allein aus den tausend flüssig geschriebenen und vielleicht nicht ganz überflüssig gewordenen Zentner-Artikeln läßt sich ein bedeutender Band zusammenstellen. Die beiden vorliegenden gewichtigen Bände imponieren durch ihre literarische Gründlichkeit, durch die sorgfältige Überlegung im Detail, durch die Herstellungen historischer Zusammenhänge. So scheint uns in den Beethoven-Jahrbüchern ein neuer Sammelplatz der Forschung gegeben, der vom Theoretischen und nur Akademischen fortweist in die Welt der gespielten, erlebten Musik.

Der gleiche rührige Verlag bringt in zwei wunderschön gedruckten Bänden Hans Pfitzners gesammelte Schriften (nicht Dichtungen) heraus. Die meisten, die zeitlich wichtigsten dieser Arbeiten kennen wir längst. Sie heißen „Futuristengefahr“ und „Aesthetik der musikalischen Impotenz“. Schon in den Titeln liegt ein Angriff, eine Schmähung, eine polemische Anklage: Wie herrlich wäre die Welt dieses Cholerikers, wenn sie sich nur mit der Sache, nur mit der Musik beschäftigte! Aber leider betreibt er auch Politik, Massenpolitik sogar, und singt hier manch verwerflich Lied. Mag es immerhin in manchem, was das Idol futuristischer Musik betrifft, recht behalten haben — er teilt diese prophetische Gabe mit anderen, sogar jüdischen Zeitkritikern! —, so bleibt Ton, Ueberheblichkeit, Kräftefleucht, Verbissenheit und Verböhrtheit in falsche Vorstellungen doch peinlich. Man kann nur froh sein, Pfitzner in den anderen Aufsätzen ganz und gar nicht als dies herrlich-intellektuelle „Ekel“ wiederzuerkennen. In den großen Abhandlungen zur Bühnen-Tradition, zur Romanik, zu den Grundfragen der Operndichtung spricht ein warmherziger Künstler, ein ehrlicher Verteidiger, ein kluger Entdecker zu uns, in einer Sprache, die verfehlt, weil sie künstlerisch ist, weil sie Wissen und Empfinden in gekonntester Form darbringt. Was da zu eigenen Worten und zu den Worten der ihm Nahestehenden gelangt ist, ist die Quintessenz eines Kunst-Erlebens, die produktiv weiterwirkt.

Musiker-Biographien zu schreiben ist eine schwere Kunst. Auf der einen Seite horcht die Wissenschaft und spitzt die Ohren, ob nicht wieder Festheit aus den Analysen, wieder Fabeln aus der strengen Lebensschilderung herauszuhören ist. Auf der anderen Seite vertrieht sich oder meldet sich die Furcht vor der akademischen Trockenheit vor der Langeweile. Die Synthese ist selten. Gut geschriebene Bücher (wie etwa die von Jahr, Kalbed, Descey) kommen schnell in den Beruf des Journalistischen. Zweifellos liegt sich das Beethovenbuch von Becker besser als der fünfbandige Thayer, der Bach

schen Fraktion, den 11. August zum Nationalfeiertag zu erheben, nicht annehmen sollte.

Die Aussichten, daß der Antrag mit einfacher Mehrheit angenommen und dadurch Gesetz wird, sind nicht gering. Insbesondere treten die Vertreter der Arbeitnehmerschaft im Zentrum für den Antrag ein.

Reichsfinanz und Zigarettenindustrie.

Verordnete Wirtschaftspolitik für die Zigarettenindustrie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat angefordert, daß der Reichsfinanzminister Maßnahmen des Reichsfinanzministeriums gegenüber der deutschen Zigarettenindustrie gestern die folgende Interpellation eingebracht.

Das Reichsfinanzministerium hat im Reichszoilblatt Nr. 22, 22. Jahrgang, vom 21. Mai 1927 Ausgabe A eine Verfügung erlassen, durch die die Verkaufsbedingungen der deutschen Zigarettenindustrie neu geregelt und an bestimmte Verpflichtungen geknüpft werden.

Wir fragen die Reichsregierung: Auf Grund welcher gesetzlichen Vorschriften glaubt das Reichsfinanzministerium berechtigt zu sein, eine Verfügung zu erlassen, die einen weitgehenden Eingriff in die Gewerbefreiheit bedeutet? Welche wirtschaftspolitischen Gründe kann das Reichsfinanzministerium für den Erlass der Verfügung anführen? Wir fragen insbesondere:

1. Ist es richtig, daß der Reichsverband der deutschen Zigarettenindustrie die in der Verfügung vorgeschriebenen Verkaufsbedingungen aufgestellt hat?

2. Wie hoch ist die Summe, die das Reichsfinanzministerium heute schon aus der Tabaksteuer für Zigaretten (Banderole- und Materialsteuer) als völlig verloren betrachtet?

3. Wie hoch ist die Summe, die bis heute infolge nicht rechtzeitigen Eingangs der Tabaksteuer aus Zigaretten (Banderole- und Materialsteuer) gestundet worden ist?

4. Welche Sicherheiten hat das Reichsfinanzministerium für gestundete Steuern gefordert und erhalten?

5. Sind für alle bewilligten Stundungen Zinsen gefordert worden und in welcher Höhe?

6. Hält das Reichsfinanzministerium große Beträge schon fällig oder noch fällig werdender Tabaksteuer für Zigaretten aus der Banderole- und Materialsteuer für gefährdet, wenn sich nicht alle Fabriken den in der Verfügung vorgeschriebenen Bedingungen unterwerfen?

7. Hat der Herr Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zu der Verfügung seine Einwilligung gegeben?

8. Aus welchen Gründen hat das Reichsfinanzministerium es unterlassen, den Weg der ordentlichen Gesetzgebung zu beschreiten?

Der Reichsfinanzminister wird sich nunmehr bald darüber zu äußern haben, inwieweit seine Wirtschaftspolitik gesetzliche Grundlagen hat und auf welchem Wege er die Mißstände in der Steuerwirtschaft der Zigarettenindustrie wirklich zu beseitigen gedenkt.

Wer ist der beste Gewerkschafter?

Der am besten schießen kann!

In der feierlichen Sitzung des Plenums der Gewerkschaften, die aus Anlaß des zehnjährigen Jubiläums der Leninger Gewerkschaften veranstaltet worden ist, hielt der Vorsitzende des Zentralrats der Gewerkschaften, Mitglied des Politbureaus, Lamski, eine Ansprache, in der er unter anderem ausführte („Trud“ vom 11. Juni 1927 Nr. 130):

„Die Geldanweisungen zur Stärkung des Schießsports werden erhöht! Bisher haben wir uns vorwiegend im Fußball- und Radsport geübt. Nunmehr müssen die Verbände in der Fertigkeit des Schießens sich gegenwärtig den Rang streitig machen. Diejenige Gewerkschaft, die am meisten Geldmittel bewilligt für die Organisation des Schießens, dasjenige Gewerkschaftsmitglied, das den ersten Preis beim Wetschießen erhält, die werden in der Gegenwart vorbildlich sein.“

Was wird aus dem Sperrgesetz?

Die Reichsregierung ist untätig.

Das Reichskabinett wird sich noch im Verlauf dieser Woche mit der Frage befassen, ob das Sperrgesetz über die Fürstenaufhebung verlängert werden soll oder nicht. Da zwischen dem Freistaat Württemberg und dem dort ehemals herrschenden Hause inzwischen eine Vereinbarung zustande gekommen ist und ebenso auch in Thüringen die Verhandlungen kurz vor dem Abschluß stehen, so daß bis zum Ablauf des Gesetzes am 30. Juni eine Einigung erzielt sein dürfte, sieht man in Regierungskreisen keinen sachlichen Grund zur Verlängerung des Gesetzes. Die gleiche Auffassung wird von den Regierungsparteiern vertreten.

Auch nach den uns vorliegenden Informationen ist in Württemberg bestimmt und wahrscheinlich ebenso in Thüringen bis zum 30. Juni eine Einigung zwischen Staat und Fürstentümern zu erwarten. Aber was ist z. B. mit den Landesherren und den 12 Landesherren in Preußen? Alle Verhandlungen der preussischen Regierung mit diesen Herrschaften haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Sie fordern insgesamt einen jährlichen Betrag, der kapitalisiert 50 Millionen Mark ausmacht. Es kommt hinzu, daß die „kleinen Herren“ weitere 5½ Millionen jährlich beanspruchen, und da sich das Sperrgesetz nicht gegen sie richtet, klagen sie bereits bei preussischen Gerichten oder haben diese Absicht in Aussicht gestellt. Insofern erweist sich die Verlängerung des Sperrgesetzes und seine Ausdehnung auf die „kleinen Herren“ als unbedingt notwendig; denn selbst im günstigsten Falle ist es ausgeschlossen, daß diese Auseinandersetzungen auf gutlichem Wege bis zum Ablauf des noch bestehenden Sperrgesetzes am 30. Juni bereinigt werden könnten.

Beschleunigung der Disziplinarverfahren.

Erlaß des preussischen Innenministers.

Amlich wird mitgeteilt: Aus mehreren Schreiben des Vorsitzenden des Disziplinarhofes, so führt der preussische Minister des Innern in einem Erlaß an die Behörden der allgemeinen und der inneren Verwaltung aus, ergibt sich, daß die Disziplinarverfahren noch immer nicht überall mit dem notwendigen Eifer betrieben werden. Der Minister weist daher nochmals darauf hin, daß Disziplinarverfahren unter allen Umständen als besonders dringliche Fälle zu behandeln sind. Die Führung der Voruntersuchung, die Anfertigung der Anklageschrift, die Durchberatung der Akten vor der Hauptverhandlung, die Abfertigung der Entscheidung und die Einreichung der Akten an die Berufungsinstanz sind mit aller nur erdenklichen Beschleunigung durchzuführen. Das erscheint im Hinblick darauf notwendig, daß die dem Disziplinarverfahren zugrunde liegenden Verfehlungen nicht selten ein beträchtliches Aufsehen in der Öffentlichkeit hervorrufen, es liegt aber auch im Interesse des Beamten, dessen Schicksal als Beamter vom Ausgang des Verfahrens abhängt und deshalb dringlicher Klärung bedarf.

Am übrigen ist, da sich herausgestellt hat, daß die bei Einreichung der Akten an den Disziplinarhof beizufügende gedrängte Darstellung des Sachverhalts für die Zwecke des Disziplinarhofes nicht ausreicht und nur die Einreichung der Akten zum Teil unliebsam verzögert, in Zukunft von der Befügung dieser gedrängten Sachdarstellung abzusehen.

Im Hauptausschuß des Landtags fand am Mittwoch bei Beratung des neuen Polizeibeamtengesetzes ein Antrag Annahme, daß Beamte des Polizeivollzugsdienstes, die nach der Vollendung des 60. Lebensjahres verabschiedet werden, ein halbes Jahres Gehalt als Ausgleich erhalten sollen. Abgelehnt wurde ein Antrag, daß ein gegen die Entscheidung des Gutachterausschusses verabschiedeter Polizeioffizier über den Minister zur Verfügung an das Staatsministerium einlegen kann. Jedoch fand ein Antrag dahingehend Annahme, daß der Minister, wenn er gegen den Beschluß des Gutachterausschusses eine Verabschiedung ausgesprochen hat, gehalten sein soll, die Gründe schriftlich niederzulegen, so daß der Landtag eine Nachprüfung vornehmen kann. Angenommen wurde weiter ein sozialdemokratischer Antrag, wonach sich 50 Proz. der Polizeioffiziere aus dem Wachtmeisterteil ergänzen sollen.

Virros leichter als der von Schweiger, der Wagner Pfohl schneller als der von Glasenapp. Aber weder Leichtigkeit des Stils noch Gedrängtheit des Stoffs entscheiden das endgültige Urteil, sondern die persönliche Gesinnung, die Ehrlichkeit, der Charakter des Darstellenden, die Umgiebung von Wissen in Form. Unausstehlich aber ist weder die akademische Würde noch der gilbernd-geistvolle Stil. Unausstehlich ist nur das Feuilletton, das sich in ein Buch verwanbelt. Leider bietet uns in der vorerwähnten Sammlung „Klassiker der Musik“ (Deutsche Verlagsanstalt) Richard S. Stein ein solches Muster feuilletonistischer Biographie Tschakowskys. Der Verfasser hat mit größtem Fleiß das Material über den russischen Komponisten zusammengetragen. Das war nicht leicht und das sei ihm gedankt. Auch in der Schilderung des Lebens ist vieles neu, und alles Tatsächliche kann für spätere Forscher als authentisch gelten. Aber Stein hatte auch den Ehrgeiz, nebenbei noch Psychologe, Seelenforscher, Sexualgelehrter, Menschheitsverbesserer zu sein. Gewiß ist es Zeit, auch die Erotik im Künstlerischen zu ahnen; aber mit oberflächlichem Gerede ist das nicht getan. Auch von Eitelkeit ist Stein nicht frei. Die „Einführung“ in die russische Musik, fast hundert Seiten, hat nur entfernt mit dem Thema zu tun. Abschweifungen und Inaktiven gehören nicht in eine erste Biographie. Es ist nur zu wünschen, daß der ganze schönegeistige Ballast aus späteren Auflagen herausgeworfen wird. Dann wird uns auch diese Biographie Tschakowskys so vollkommen sein, wie die im gleichen Verlag erscheinende, den Stolz glänzend beherrschende, sachlich und gewandt geschriebene Russkowsky-Biographie aus der Feder des Kurt v. Wolpert. Die beste Einführung in russische Musik und ihre Geschichte gab Oskar Kriegermann (Verlag Breitkopf u. Härtel). Ein Buch des Wissens, der Belesenheit, der Sachlichkeit.

Der entwertete Adelstitel. Daß die bedeutendsten englischen Schriftsteller nicht nur in ihren Werken, sondern auch in persönlichen Leben „Männerstolz vor Königsthronen“ zeigen, ist in letzter Zeit durch eine Reihe bemerkenswerter Mitteilungen an die Öffentlichkeit deutlich geworden. Nachdem bereits früher der Romandichter Galsworthy und der in England-Amerika überaus populäre Arnold Bennett, der in seiner Jugend ein eifriger Anhänger der sozialistischen „Rabbinen-Gesellschaft“ gewesen ist, den Adelstitel abgelehnt haben, wird jetzt auf dem Umweg über New York ein weiterer gleichartiger Fall bekannt. Macdonald hatte als Ministerpräsident die traditionelle Pflicht zu erfüllen, dem König bei gewissen Gelegenheiten Personen für die Erhebung in den Adelsstand vorzuschlagen. Anders als seine konservativen und liberalen Vorgänger wollte Macdonald diese Ehre nicht irgendwelchen reichgewordenen Geschäftsleuten usw. verleihen, die sich durch Einnahmen oder Schenkungen in durchsichtiger Absicht selbst für diesen Zweck in Vorschlag gebracht hatten, sondern er wollte das wirkliche Verdienst um die Nation ehren. Er ließ deshalb auch bei dem bedeutenden Roman-Schriftsteller Josef Conrad anfragen. Conrad lehnte jedoch ab und begründete das in einem Brief an Macdonald mit folgenden Worten: „Ich möchte Ihnen meinen aufrichtigen Dank übermitteln und mir erlauben, hinzuzufügen, daß ich als ein Mann, dessen Jugend harte

Arbeit gekostet hat, und den unergieblichen Freundschaften mit britischen Arbeitern verbindet, tief darüber gerührt bin, daß mir dies Anbieten gerade unter Ihrer Regierung gemacht worden ist.“ — Inzwischen ist der konservative Ministerpräsident Baldwin wieder auf die allgemeine Weisheit zurückgefallen, dekorative Rollen, Parteigeißel und farblose Beamte zu Ehren und Auszeichnungen vorzuschlagen. Kunst, Wissenschaft, Musik und Schrifttum sind aus jenen Vorschlagslisten wieder verschwunden.

Die Vorbereitungen zur Sonnenfinsternis. Der am günstigsten gelegene Ort für die Beobachtung der Sonnenfinsternis am 29. Juni ist die nordschwedische Erzstadt Seltava, wohin sich eine deutsche und eine holländische wissenschaftliche Expedition begeben haben. Die deutsche Expedition wird von Professor Kirke aus Göttingen geleitet. Die holländische Expedition besteht aus vier Mitgliedern. Wie Prof. Wenaert einem schwedischen Journalisten erklärte, wurde dieser Ort gewählt, weil er die beste Lage in der Zone der Totalität hat und deshalb für Beobachtungen ganz besonders geeignet ist. Es kam besonders darauf an, einen Punkt zu wählen, der genau in der Mitte der schmalen Totalitätszone liegt, wo die Finsternis am längsten dauert. Auch das sind diesmal nur 42 Sekunden, und es versteht sich, daß infolgedessen jede Sekunde von größter Wichtigkeit ist. Als Beobachtungspunkt haben die Holländer Hartaak, einen Platz 10 Kilometer südlich von Seltava gewählt, da sich dort auf einer Bahnhofsstation das geeignete Zementfundament für die Aufstellung der Instrumente gefunden hat. Diese Instrumente, die insgesamt 2000 Kilogramm wiegen, sind sehr kompliziert. Eines davon dient dem Studium der Intensität der Sonnenfinsternis und ist mit zwölf photographischen Platten versehen, die durch einen Elektromotor ausgewechselt werden. Die Geschwindigkeit der Bewegung wird durch ein Uhrwerk reguliert. Dieser Apparat ist nach einer neuen Methode, die von Prof. Roll aus Utrecht erfunden ist, konstruiert und wird bei dieser Gelegenheit zum erstenmal erprobt. Das zweite Instrument ist ein Spektroskop — ein riesengroßes Prisma, das mit einer organischen Flüssigkeit gefüllt ist. Damit soll die Zusammensetzung der Corona, der äußersten Sonnenatmosphäre, erforscht werden. Auch dieses Instrument ist neu konstruiert.

Natürlich hängt das Ergebnis der kosmischen Expeditionen vom Wetter ab. Herrscht am 29. Juni derjelbe bleigraue Himmel, der seit Monaten meist über Nordeuropa hängt, so ist die ganze Wähe umsonst. Schon die kleinste Wolke genügt, um jede exakte Beobachtung zu vereiteln.

Ein Gefängnis als Nationaldenkmal. Cernomes hat bekanntlich einen großen Teil seines unsterblichen Don Quixotte im Gefängnis geschrieben, und man kennt auch den Ort, wo der Schöpfer der spanischen Nationaldichtung die unfreiwillige Wäse fand, seinen Helden den Ritt durch dies irdische Jammertal beginnen zu lassen. Es ist ein Haus in Armagnac del Alba, das bisher einem Modder-Geschäftsmann gehörte. Dieses demwürdige Gefängnis ist nun von der spanischen Regierung zum Nationaldenkmal erklärt worden und soll vom Staate angekauft werden.

Oskar Sina vom Volkstheater in Wien wurde für die am 1. Juli in der Volkshalle, Theater am Börsenplatz stattfindenden Eröffnung von Kellroy's Volk „In ebenen Erde und im ersten Stod“ verpflichtet.

Die Einigung über Memel.

Feierliche Verpflichtungen Litauens.

Genf, 15. Juni. (W.B.) Zur Memelfrage gab heute im Völkerbundsrat der litauische Ministerpräsident Woldemaras folgende Erklärung ab:

Die litauische Regierung legt Wert darauf, schon jetzt zu erklären, daß es keinesfalls in ihrer Absicht liegt, das Memelgebiet ohne Volksvertretung zu lassen. Sie ist sich ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung voll und ganz bewußt. Die Regierung wird daher die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit die

Wahlen für den Landtag spätestens gegen September 1927 stattfinden.

Die litauische Regierung kann zu ihrer Freude feststellen, daß die Hauptschwierigkeit, die die Wahlen verzögert hatte, glücklich überwunden ist. Meinungsverschiedenheiten, besonders bezüglich des Umfangs der Wählerchaft, hatten sich herausgestellt. Jetzt ist die Frage geklärt.

Hinsichtlich der Autonomie des Memelgebietes, wie sie im Statut festgelegt ist, ist die litauische Regierung fest entschlossen, alles, was an ihr liegt, zu tun, damit die Autonomie wirksam wird und sich bezüglich Wählerchaft, Zusammenfassung des Landtages und Bildung des Direktoriums auf demokratischer Grundlage entwickelt. Die litauische Regierung hofft, dieses Wert in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Landtage und dem Direktorium,

das das Vertrauen des Landtages genießt und ihm verantwortlich ist, durchzuführen.

Ich habe nicht die Absicht, bei dieser Gelegenheit alle für das Memelgebiet wichtigen Fragen zu erörtern. Aber im Namen der Regierung, der ich vorstehe, kann ich das eine erklären: Die politischen und sonstigen Rechte des Memelgebietes, die Rechte der juristischen und natürlichen Personen werden diesen in vollem Maße gewährleistet werden.

Darauf erklärte der deutsche Außenminister Dr. Stresemann unter anderem:

Angesichts der von dem Herrn Ministerpräsidenten Woldemaras nunmehr im Namen seiner Regierung abgegebenen Erklärung glaube ich meinerseits auf der heutigen Ratstagung darauf verzichten zu können, daß die Angelegenheit weiter behandelt wird.

Ich hoffe, daß durch die in Aussicht gestellten Maßnahmen der litauischen Regierung mit größter Beschleunigung im Memelgebiet der jetzige Zustand sichergestellt wird, der dem Statut entspricht.

Der Ratsvorsitzende Chamberlain erklärte zum Schluß: Der Rat nimmt mit Freuden Kenntnis von der Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten. Er beglückwünscht ihn zu dem Entschluß, der den Rat der Notwendigkeit enthebt, die vorliegende Frage zu behandeln und hofft, daß die Herstellung normaler Verhältnisse im Memelgebiet für alle Zukunft die Behandlung dieses Problems im Völkerbundsrat erübrigt.

Der Prozeß gegen Kowarda.

Der Attentäter schildert den Mord.

Warschau, 15. Juni. (W.B.) Im Warschauer Amtsgericht begann heute vormittag die verkürzte Gerichtsverhandlung gegen den Mörder des Sowjetlandlen Woiwode, Boris Kowarda. Als Vorsitzender fungiert der Gerichtspräsident Gumin. Die Anklage vertritt der Staatsanwalt beim Appellationsgericht, Rubinizki, welcher auch im Prozeß gegen den Mörder des ersten polnischen Präsidenten, Karutowicz, tätig war. Auch einer der vier Verteidiger des Boris Kowarda hat an jenem Prozesse des Präsidentenmörders als Vertreter der Familie des Präsidenten teilgenommen. Die drei weiteren Verteidiger sind zwei Warschauer Rechtsanwälte und ein Rechtsanwalt aus Wilna, russischer Nationalität, Andrejew. Die Staatsanwaltschaft hat 16 Zeugen und vier Sachverständige geladen, die Verteidiger nur sechs Zeugen. Die Eltern und die Schwester des Angeklagten haben sich auch als Zeugen angemeldet. Am Pressetisch sitzen Korrespondenten der polnischen und ausländischen Presse.

Kurz vor 11 Uhr wurde unter allgemeiner Spannung der Angeklagte in den Saal hineingeführt. Nach Erledigung der ersten Formalitäten stellte der Vorsitzende fest, daß der Zeuge Rosenholz noch nicht anwesend ist. Das Außenministerium hat, wie weiter mitgeteilt wird, von der Sowjetregierung Nachricht erhalten, daß der Gesandte Rosenholz aus Moskau abgereist ist und heute abend in Warschau eintrifft. Der Staatsanwalt beantragte, die Verhandlung weiterzuführen und wenn Zeuge Rosenholz nicht rechtzeitig zur Verhandlung komme, seine schriftliche Aussage vorzulesen. Die Verteidigung schloß sich diesem Antrage an, und das Gericht stimmte dem Antrage zu.

Aus der Feststellung der Personalien ergab sich, daß der Angeklagte am 21. Juni 1907 geboren ist. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Angeklagte sich als schuldig bekenne, gab Kowarda die Ermordung Woiwodes zu, bestritt aber gleichzeitig seine Schuld. (?) Dann schilderte Kowarda den Verlauf des Mordes wie folgt:

Als ich den Bahnhof betrat, sah ich Woiwode mit einem anderen mir unbekanntem Herrn stehen. Ich zog meinen Revolver und feuerte auf ihn. Woiwode drehte sich um und begann auf mich zu schießen, dann feuerte ich alle meine Patronen ab. Woiwode feuerte noch immer auf mich. Darauf lief ich ungefähr 10 Schritte zurück. Die Schüsse des Woiwode hörten auf. Dann blieb ich stehen und hob die Hände in die Höhe. Ich hatte Woiwode getötet für all das, was die Bolschewisten in Rußland getan haben.

Nach dieser Aussage begann das Zeugenverhör. Als erster Zeuge wurden Origorowicz von der sowjetrussischen Gesandtschaft in Warschau sowie andere Zeugen vernommen.

Kowarda Vater erklärte in seiner Aussage, daß er nach dem Weltkrieg von der bolschewistischen Regierung mobilisiert wurde und in den Reihen der Roten Armee gegen Polen kämpfte. Nach dem Rigaer Frieden habe er sich auf illegalem Wege nach Polen begeben, wo sich seine Familie befand. Früher habe er zur russischen sozialrevolutionären Partei gehört und sei auch einige Zeit Mitarbeiter von Boris Saminkow gewesen. Andere Zeugen, wie der Direktor des Rigaer Gymnasiums, welches Kowarda besuchte, und der Redakteur der weißrussischen Zeitung, an welcher Kowarda mitgearbeitet hat, stellen dem Angeklagten den besten Zeugnis aus. Dann trat eine Pause bis 6 Uhr abends ein.

Der ehemalige italienische Arbeitsminister Arturo Labriola ist gestern abend als Flüchtling in Paris eingetroffen. Genosse Labriola, der dem Kabinett Bonomi angehörte, erklärte, er wolle einige Zeit in Paris bleiben, werde sich aber später vielleicht nach Amerika begeben.

Bürgerblockniederlage im Reichstag.

Sozialdemokratischer Antrag gegen die Portoerhöhung. — Die Mehrheit des Hauses stimmt ihm zu.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags-Sitzung stand an erster Stelle ein Antrag der Völkischen und der Deutschnationalen auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den völkischen Abg. Henning.

Mit der Mehrheit der Regierungsparteien wird beschlossen, den Antrag dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen.

Ohne Aussprache werden angenommen: Das Abkommen mit Frankreich über die Einrichtung der Grenzbahnhöfe; die Wiederinrichtung des Freundschafts- und Handelsvertrages mit Bolivien, das deutsch-lettlandische Sanitätsabkommen. Die Uebersicht über die Gestaltung der Reicheinnahmen und Ausgaben in den Jahren 1924 bis 1927 wird dem Rechnungsausschuß überwiesen. Eine Anzahl von Petitionen wird nach den Beschlüssen der Ausschüsse des Reichstags für erledigt erklärt.

Der Antrag auf Portoerhöhung.

Es folgt die Beratung der zu der Frage der Erhöhung der Postgebühren vorliegenden Anträge und Interpellationen.

Abg. Torgler (Komm.) begründet eine kommunistische Interpellation. Die bisherigen Ertragsfälle der Reichspost seien erzielt worden durch Auspöckerung der breiten Massen und Ausbeutung des Personals. Der Plan der Portoerhöhung rechtfertige das schärfste Mißtrauen gegen den Minister.

Ein völkischer Antrag, den Reichspostminister herbeizurufen, wird abgelehnt.

Abg. Dr. Rajchig (Dem.) weist darauf hin, daß die Frage der Portoerhöhung so tief in das Wirtschaftsleben einschneide, daß an einem Votum des Reichstags auch der Postminister und der Verwaltungsrat nicht vorbeigehen könnten. Die jetzt geplante Erhöhung bringe eine außerordentlich schwere Belastung, besonders für Industrie und Handel, der Reichstag dürfe sich auf keinen Fall mit ihr einverstanden erklären.

Abg. Taubadel (Soz.)

erinnert daran, daß der frühere Reichspostminister Stingi im Geschäftsbericht der Reichspost für 1925 sich gegen die Erhöhung der Gebühren gewandt hat, weil das das Signal für eine Preissteigerung auf der ganzen Linie unserer Wirtschaft bilden würde. Das hat auch heute noch seine Richtigkeit. Die jetzt geforderte Erhöhung der Postgebühren um 50 Proz. und darüber hinaus würde alljährlich eine neue Belastung des Volkes um 300 Millionen Mark zur Folge haben. Wir haben von Anfang an verlangt, daß dabei auch der Reichstag ein deutliches Wort mitreden muß und es zeugt von dem schlechten Gewissen des Bürgerblocks, wenn er diese Aussprache bisher verhindert hat. Der Verwaltungsrat der Reichspost sollte sich hüten, gegen den Willen großer Parteien des Reichstags diese schwere Belastung vorzunehmen, er sollte bedenken, daß er damit auch das Postpersonal in Gefahr bringt. Dabei ist die Notwendigkeit einer solchen starken Erhöhung gar nicht zu erkennen. Es sollen 56 Millionen Mark notwendig sein für den erhöhten Bohmungs- und die erhöhten Löhne. Diese Ausgaben, die eine üble Auswirkung der Räteregierung durch den Bürgerblock sind, hätten schon bei der Aufstellung des Etats einestuliert und aus lauten Mitteln bestritten werden müssen. Die für Verbesserungen verlangten 80 Millionen Mark hat der Arbeitsaus- schuß des Verwaltungsrats schon auf 40 Millionen zusammen- geschlagen.

Eigenartig ist auch die Forderung von 24 Millionen Mark für Verzinsung und Tilgung von Anleihen, weil doch die Gesamtsumme der Anleihen noch nicht voll getilgt ist.

Darf die Reichspost überhaupt von dem Staatsbankrott, nach dem 300-Millionen-Mark-Anleihen aufgenommen werden sollen, abgehen oder nicht? Es wäre ja immer noch die Aufnahme einer Auslandsanleihe möglich, die nie zu einer Gefahr für die deutsche Währung werden kann, weil sie ausschließlich für verbundene Zwecke aufgenommen wird. Auch von einer so starken Verschuldung, die gegen die Aufnahme einer Anleihe spräche, kann nicht die Rede sein. Statt aber den Weg der Auslandsanleihe zu gehen, will das Reichspostministerium einfach die Gebühren derart erhöhen, daß laufend alljährlich 150 Millionen Mark für Anleihezwecke entnommen werden können. Zum mindesten hätte man noch bis zum Ablauf des Jahres warten sollen, um zu sehen, wie sich die Besserung der deutschen Wirtschaftslage auf die Finanzen der Reichspost auswirkt. Jedenfalls liegt allein deswegen, weil angeblich der Inlandmarkt zur Aufnahme einer großen Anleihe nicht fähig ist, noch kein Grund zu einer so ungeheuerlichen Gebührenerhöhung vor. Man darf doch bei allem nicht übersehen, daß der Reichspost noch erhebliche Reserven zur Verfügung stehen und daß sich die Einnahmen im letzten halben Jahre gut entwickelt haben. Erst wenn der Abschluß des Etatsjahres beweist, daß die höher veranlagten Einnahmen nicht aufgefunden sind, und der Reservefonds teilweise herangezogen würde, kann über eine etwaige Gebührenerhöhung gesprochen werden. Die Post könnte ja ebenso wie das Reich seinen Betriebsmittelfonds zur Verfügung stellen, denn ihr stehen für den gleichen Zweck auch noch die Post- schiedsgelder zur Verfügung, die in Form einer gut fundierten Anleihe in gewissen Grenzen verwendet werden können. Es sind noch andere Reserven vorhanden, so ein Posten von 50 Millionen Mark, der als Abschlagszahlung an Bayern und Württemberg für ihre Post gedacht ist. Dieser Betrag soll ja durch Schuldverschreibungen abgedeckt werden. Wir haben weiter Grund zu der Annahme, daß der neue Fernsprechtarif erhebliche Mehreinnahmen bringen wird, und schließlich kann man auch von den Rundfunkgesellschaften eine erhöhte Ablieferung an das Reich verlangen. Auf der anderen Seite muß es der Post möglich sein, beim Sched- und beim Telegraphenwesen den Ausgleich zwischen Einnahme und Ausgabe auch ohne Gebührenerhöhung herzustellen. Auch das Bauprogramm könnte etwas beschränkt, die Automatisierung des Fernsprechverkehrs etwas verlangsamt werden. Zu den wirklichen Gründen für die Gebührenerhöhung gehört die notwendige Erhöhung der Beamtenegehälter.

Nach unserer Meinung ist der Postbeamtenstand wie der ganzen Beamtenschaft nicht damit gedient, daß ihre Gehalts- erhöhung auf dem Wege über eine solche Vertenerung der Gebüh- ren erfolgt. Das bringt einmal die Beamtenschaft gegen- über der Öffentlichkeit in eine unangenehme Lage, zum anderen ist es fraglich, ob von der Gehaltserhöhung noch etwas übrig bleibt, wenn der Gebührenerhöhung eine allgemeine Preis- steigerung folgt.

Wir sind der Meinung, daß, wenn man den Weg der Auslands- anleihe geht und daneben die vorhandenen Reserven heran- zieht, eine Erhöhung der Gehälter schon vom 1. April d. J. rückwirkend durchzuführen ist. Der wesentliche Grund für die Gebührenerhöhung ist zweifellos, daß man das Post- und Tele- graphenwesen unter der finanziellen Mißwirtschaft unter Führung der Deutschnationalen entlasten will. Man spricht bereits von einer Mehrleistung der Post von 100 Millionen Mark. Die zu einer weiteren Senkung der Post- und Realzinsen verwendet werden sollen. Das ist auch wohl der Grund, weshalb die deutschnationale Vertreter im Arbeitsaus- schuß der Reichspost die Gebührenerhöhung zugestimmt haben. Will das Reich neue Mittel schaffen, so ist dazu der Weg der ordent- lichen Steuergesetzgebung gegeben. Wenn Sie dann die

Beschwerden erhöhen wollen, so können Sie auf unsere tatkräftige Unterstützung rechnen. Auf keinen Fall darf an die Stelle der ordentlichen Steuergesetzgebung die Erhöhung der Postgebühren er- setzt werden. Wir sind der Ueberzeugung, daß auch nach einer aus- reichenden Befoldungserhöhung für die Beamten sich angesichts der steigenden Konjunktur die Finanzlage der Post auch ohne Gebüh- ren- erhöhung nicht ungünstig gestalten wird. Im gegenwärtigen Augen- blick würde die gewaltige Erhöhung der Postgebühren eine Preis- steigerung hervorrufen, mit der unsere Wirtschaft sehr geschädigt würde. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt darum, daß der Minister seine an den Ver- waltungsrat gerichtete Vorlage zurückzieht. (Leb- hafter Beifall bei den Soz.)

Reichspostminister Dr. Schäkel:

Ich habe dem Reichstag die Finanzlage der Reichspost wiederholt als gesund, aber gespannt dargestellt und erklärt, daß nur durch Erhöhung der Einnahmen die schwierige Lage be- hoben werden könne. Mit der bloßen Anleihepolitik kommt man nicht weiter. Im Plenum habe ich auch gesagt, wir müßten es der Zeit überlassen, ob eine Gebührenerhöhung notwendig sei. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß das Zehnpennig- Porto dem jetzigen Geldwert nicht mehr entspreche und nur einen Wert von 5 bis 6 Pfennig darstelle, der den von der Post aufgewandten Kosten kaum entspreche. Die Finanzlage der Post hat sich inzwischen verschärft. Eine Auslands- anleihe halte ich wegen der Gefahr der Ueberfremdung des Reichsvermögens für national bedenklich. Durch die Verbesserungen der Zustellung und technische Verbesserungen anderer Art erwachsen der Post Mehrausgaben von 270 Millionen. Dazu kommen durch die Erhöhung der Beamtenebeholdung, deren Zeitpunkt noch offen ist, die aber voraussichtlich noch in diesem Jahre in Aussicht genommen ist. (Rufe links: Wo aus- sichtlich!) 160 Millionen Mehrausgaben, im ganzen aber 430 Millionen. Durch die Gebührenerhöhungen werden nur 20 Millionen Mehreinnahmen erzielt, jedoch noch 210 Millionen durch andere Maßnahmen gedeckt werden müssen. Die Post hat wesentlich zur Sicherung der Währung beigetragen, als sie nach der Stabilisierung beim 10-Pfennig-Porto blieb. Es wäre also ein bitteres Unrecht, wenn jetzt die deutsche Wirtschaft der Reichspost einen Vorwurf aus der Portoerhöhung machen wollte. Die Reichs- post habe ihre Ausgaben nach Möglichkeit eingeschränkt und im Personalabbau mit 25 Proz. die Höchstleistung unter allen Verwaltungen erreicht. Sie habe den ersten Willen, eine Reform der Fernspreckgebühren im Sinne einer Entlastung der Bevölkerung durchzuführen.

Abg. Ledt (Bayr. Sp.) gibt für die Regierungsparteien eine Erklärung ab, die sich gegen die zu dieser Frage gestellten Anträge wendet, weil der Reichstag dafür nicht zuständig sei. Sie vertreten allerdings nicht die schwere Belastung, die der Wirtschaft durch die Portoerhöhung zugefügt werde.

Abg. Molath (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen die Porto- erhöhung.

Annahme des sozialdemokratischen Antrags.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dietrich-Franken (Kat.-Soz.) und Henning (Völk.) wird die Aussprache geschlossen.

Die beiden hierzu gestellten Interpellationen sind damit erledigt. Bei der Abstimmung über den von der Sozial- demokratie gestellten Antrag, der die Zurückziehung der Vorlage auf Portoerhöhung verlangt, ist das Ergebnis zuerst zweifelhaft.

Die Auszählung ergibt die Annahme des Antrags mit 175 gegen 173 Stimmen.

Es entsteht große Bewegung im Hause, da hiermit die Regierung eine offene Niederlage erlitten hat.

Die Abstimmung über den kommunistischen Miß- trauensantrag gegen den Reichspostminister ist namenlich. Die Sozialdemokraten stimmen dagegen, da sie, wie Abg. Taubadel in seiner Rede betont hat, die Waffe des Mißtrauensvotums durch ihren fortwährenden Gebrauch nicht stumpf machen lassen wollen und außerdem der Verwaltungsrat der Reichspost, nicht der Reichspost- minister die Verantwortung für die Erhöhung der Gebühren zu tragen hat. Der Mißtrauensantrag wird mit 327 gegen 35 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Um 19½ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. das Kriegsgerätegesetz. Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, ihre Anträge zur Räteregierung auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt.

Keine Erhöhung der Brikettpreise.

Das Reichswirtschaftsministerium lehnt ab.

In der gestrigen Sitzung des Reichshofenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichshofenrats kam zu- nächst der in der letzten Sitzung einem Sonderauschuß zur Prüfung überwiesene Antrag der beiden mitteldeutschen Braunkohlenindustrie auf Erhöhung der Preise für Hausbrandbriketts im engeren Absatzgebiet zur Verhandlung.

Angenommen wurde ein von einem Vertreter der Verbrauchs- interessen eingebrachter Vermittlungsvorschlag, wonach gegenüber dem bisher veröffentlichten Jahrespreisprogramm die je- weiligen Monatspreise für die Monate Juli bis Oktober einschließlich, sowie für März eine Erhöhung um 1 Mark und für die Mo- nate November bis Februar einschließlich eine solche um 2 Mark erfahren sollen.

Begründet wurde der Vermittlungsvorschlag damit, daß gewisse Erhöhungen der Selbstkosten infolge der Verkürzung der Ar- beitszeit und des Zuschlages für Mehrarbeit bereits eingetretten, andere in ihrer Höhe ziffernmäßig aber noch nicht fest- stellbar zu erwarten sind. Die endgültige Feststellung der Aus- wirkung der Arbeitszeitverkürzung soll im Oktober stattfinden.

Durch den Vertreter des Reichswirtschaftsmini- steriums wurde der Beschluß der Preisoberhöhung beanstandet. Die Beanstandung geht davon aus, daß das Reichswirtschaftsmini- sterium nicht die Ueberzeugung habe gewinnen können, daß die Spanne zwischen Erlös und Selbstkosten über das Maß dessen hin- aus vergrößert würde, das notwendig sei, um den Braunkohlenbergbau lebensfähig zu erhalten. Lediglich die Befürchtung, daß die Kosten sich in Zukunft unter Umständen ungünstiger gestalten, könnte den Anspruch auf Preisoberhöhung nach Lage der Sache nicht stützen. Die Vorwegnahme künstlicher und nach Art und Ausmaß völlig ungewissen Kostensteigerungen in der Preisstellung sei ein volkswirtschaftlich bedenkliches Vorgehen, das in der übrigen Wirtschaft Nachahmung finden und damit das öffentliche Wohl gefährden könnte.

Die erneuten Preisoberhöhangsanträge des rheinisch-westfälischen und des sächsischen Kohlenyndikats wurden dem Sonderauschuß zur Prüfung überwiesen.

Generalversammlung der Maler.

Rürnberg, 15. Juni.

Die Sitzung am Dienstag begann mit einem Referat des Hauptvorstandsmitglieds Mehrens über die gewerkschaftliche Jugendbewegung. Die großen Bemühungen des Unternehmertums, die Arbeiterjugend für sich zu gewinnen und sie von der Arbeiterbewegung fernzuhalten, machen es den Gewerkschaften zur Pflicht, noch größeres Augenmerk auf die Heranziehung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zu richten. Der Malerverband hatte am Schluß des ersten Vierteljahres 1927 zwar schon 6403 jugendliche Mitglieder, es gibt jedoch insgesamt über 38 000 Lehrlinge im Malergewerbe.

Die Reichsversammlung verbirgt auch dem Jugendlichen die Freiheit, sich wirtschaftlichen Organisationen anzuschließen. Der Lehrvertrag ist nicht ein Erziehungsvertrag, sondern ein Arbeitsvertrag, und nach rechtskräftigen Gerichtsentscheidungen ist der Unternehmer nicht berechtigt, Lehrlinge den Gewerkschaften fernzuhalten. Es ist hier noch sehr viel zu tun. Haben doch 40 Filialen des Malerverbandes noch keine Lehrlingsabteilung.

In der Aussprache über den Vorstandsbericht spielte auch die Frage der zentralen oder örtlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine große Rolle. Die überwältigende Mehrheit des Verbandstages ist durchaus nicht geneigt, vom Reichstarif zu lassen, ohne welchen die Kollegen in kleineren Orten viel schlechter daran wären. Viele andere Berufe wären froh, wenn sie Reichstarife hätten. Die Leipziger Delegation, die eine starke Organisation vertritt, hat insofern eine Ausnahmestellung, als die sich mächtig entwickelnden Messen mindestens zweimal im Jahre eine besonders gute Konjunktur für das Malergewerbe schaffen. — In der Aussprache wurde auch ein Streit zwischen der Berliner Filialleitung und dem Hauptvorstand reichlich erörtert. Infolge Erkrankung des langjährigen Berliner Bezirksleiters Jakobell, wodurch seine Arbeitsfähigkeit gemindert war, hat der Hauptvorstand mit Zustimmung des Ausschusses ihm einen Gehilfen beigegeben, der auch

Werbearbeit für die Berliner Filiale

leisten sollte, zumal ihre Mitgliederstärke nicht zufriedenstellend genannt werden kann. Dieser Teil der Tätigkeit des Vertreters ist jedoch beendet, da der Filialvorstand sich dagegen gewandt hat, weil seine Zustimmung zu der Anstellung nicht eingeholt worden sei. Demgegenüber betont der Hauptvorstand, daß nach der Schöpfung eine solche Zustimmung nicht erforderlich war, der Filialvorstand aber nichtbestweiger von dieser Absicht unterrichtet worden ist. Uebrigens besitzt die Filiale Berlin schon länger einen besonderen Lokalbeamten für die Werbearbeit. Die überwiegende Mehrheit des Verbandstages ist mit dem Verhalten des Hauptvorstandes in dieser Sache durchaus einverstanden.

Sie besprochen wurde auch die Sachpresse. Dabei spielte jedoch ihre grundsätzliche Haltung die weitaus geringere Rolle; nur eine kleine Minderheit sieht hinter einem Antrag, der verlangt, daß den Kommunisten die Vertretung ihrer Ansichten im Verbandsorgan erlaubt werde. Alle anderen Delegierten stimmen dem Hauptvorstand zu, der das Verbandsorgan unbedingt von Angriffen auf die Einheitlichkeit und konsequente Politik der Gewerkschaftsbewegung frei halten will.

In der Nachmittagsitzung überbrachte u. a. Kollege Schmidt-Rew York die Grüße des Nordamerikanischen Maler- und Tapeziererverbandes unter Vorlesung eines Briefes des Generalpräsidenten der 115 000 Mitglieder zählenden nordamerikanischen Bruderorganisation.

Die Fortsetzung der Aussprache, die sich auch mit internen Organisationsfragen beschäftigt, brachte inhaltlich nicht mehr wesentlich Neues und wurde durch Schlußantrag beendet, nachdem 24 Redner gesprochen hatten. Die Schlußworte der Referenten beendeten den zweiten Verhandlungstag. Am Mittwoch folgt zunächst die Abstimmung über die Entlastung des Hauptvorstandes und die Anträge, die sich auf die Tätigkeit des Verbandes beziehen.

15. Verbandstag der Holzarbeiter.

Zweiter Verhandlungstag.

Den Bericht des Verbandsausschusses gab Haupt, der Ergänzungen zum gedruckten Bericht gab und auf einige abschließend beschlossene Beschlüsse einging.

Den Bericht der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ erstattete Kasper, der versicherte, daß ohne Anregung von außen alleszeit das Bestreben vorhanden war, die Verbandszeitung immer mehr auszubauen. Mit der Vergrößerung des Umfangs war es möglich, den Mitarbeiterstab zu erweitern und Illustrationen zu bringen; allerdings nur Strichzeichnungen. Redner kommt auch auf die Anträge zu sprechen, die in der Berliner Zentrale der SPD. fabriziert worden seien. Wie deren Annahme in den Versammlungen erfolgte, darüber wolle er nicht sprechen, jedoch sei es beachtenswert, daß kein einziger dieser Anträge von einem Gantag übernommen wurde. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ vertritt den Standpunkt der Mehrheit aller Gewerkschafter. Dieser Standpunkt wird von der SPD. unterstützt. Wir treten daher

bei Wahlen für die SPD.

ein. Wenn von kommunistischer Seite gesagt wird, die „Holzarbeiter-Zeitung“ vertrete nicht die Interessen des revolutionären Teils der Arbeiterschaft, so frage ich, wo ist dieser Teil? Sind es die wildgewordenen Spieler, die ihr Heil in Moskau suchen? Gerne erkenne er an, daß es unter den kommunistischen Verbandsmitgliedern auch welche gibt, die praktische Gewerkschaftsarbeit leisten, die von der kommunistischen Seite so bekämpft wird. Zusammenfassend stelle er fest, daß die Verbandszeitung jederzeit ihrer Aufgabe gerecht geworden sei.

Pied (Berlin) hält die Zahl der an den Kämpfen Beteiligten für zu gering. Der Vorstand habe hierin zu wenig getan. In den schlechten Zeiten müsse der Verband Schutz und Trug für die Arbeiter sein. „In den guten Zeiten wird kein Kollege einsehen, der Gewerkschaft beizutreten.“ sagte der Redner wörtlich, was lebhaften Widerspruch und Zurufe auslöste. In seinen weiteren Ausführungen wendet sich der Redner gegen die Stellung der Gewerkschaften zu der Arbeitsgemeinschaft. Der Verband habe seit Stuttgart wenig geleistet. Seine (Pieds) Gruppe wende sich gegen die Taktik der Gewerkschaftsführer und mobilisiere die Kollegen gegen sie. Auf verschiedene Jurate, doch positive Wege zu weisen, ant-

woriet der Redner, der Verbandsstag möge die — Resolutionen seiner Gruppe annehmen.

Schlüter (Bremen) wendet sich gegen die Ausführungen Pieds und erklärt, Pied sei der Gewerkschaftsbewegung entfreundet. Er verwerfe die Gewerkschaft mit der kommunistischen Partei. Aus Pieds Ausführungen gehe herau, daß es der SPD. nur gut gehe bei einer Wirtschaftskrise. Da befürchten Phraleure ein willigeres Ohr. Pied habe auf den Vorstand geschimpft, aber Vorschläge

wie man es besser machen kann.

hat er nicht gemacht. Wenn Pied sich gegen die Zeitung der „Holzarbeiter-Zeitung“ wendet, so muß doch festgestellt werden, daß das allgemeine Verlangen der Mitglieder nach dem Verbandsorgan doch der beste Beweis dafür ist, daß es in guten Händen ist. (Beifall.)

Im weiteren Verlaufe der Diskussion geht eine sehr längliche Entschließung Pied ein, die als Niederschlag aller Angriffe der kommunistischen Gruppe gegen die Tätigkeit der Gewerkschaftsleitung anzusehen ist.

Im Schlußwort geht Tarnow auf die Ausführungen Pieds ein. Man höre aus seinen Begründungen heraus: „Lieber Vorstand, nimm es uns nicht übel, aber wir müssen auf unsere Partei Rücksicht nehmen.“ (Heiterkeit.) Nach der „Roten Fahne“ habe Bucher (Wien) von den Kommunisten gesagt, sie beständen aus zwei Teilen, der eine Teil unterscheide sich nicht von den Sozialdemokraten, und der andere Teil habe seine Aufgabe darin, Phraleure zu dreschen. Man sehe, daß Bucher seine Genossen kenne. Als Antwort auf den Einwurf Pieds, der Verband habe seit Stuttgart wenig geleistet, verwies Tarnow auf die russischen Gewerkschaften, die in schweren Zeiten den Kampf einstellen, dagegen Tarifverträge verlängern. Eine russische Gewerkschaftszeitung forderte 1926 sogar auf, die Frage der Lohnherhöhung nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Derselbe Zeitung gab im Juni 1926 eine Uebersicht über die Entwicklung der Löhne. Sie stellte fest, daß im ersten Quartal eine Lohnveränderung nicht eintrat. Im zweiten Quartal aber sanken die Reallohne durchschnittlich um 6,3 Proz. Bei den chemischen Gruppen betrug die Lohnverminderung 8,4 Proz., bei den Bergarbeitern 6,4 Proz., bei den Textilarbeitern 6,2 Proz., bei den Metallarbeitern 3,6 Proz. Pied solle sich das merken, da er doch die russischen Gewerkschaften als einwandfrei ansehen wird. Wenn Pied dem Vorstand einen Vorwurf daraus macht, daß er 4 1/2 Millionen für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben hat, so stelle er fest, daß der Verwaltung in Berlin

die Unterstützung noch nicht hoch genug

war. Pied sollte auch als Vorstandsmitglied der SPD. nicht sagen, daß an dem Mitgliederrückgang der Vorstand schuld sei. (Heiterkeit.) Tarnow führte weiter aus, was er über die Arbeitsgemeinschaft gesagt habe, werde wohl jeder verstanden haben. Pied ist damit nicht einverstanden, das kann er auch nicht, da sich hierin unsere Meinungen scheiden. Die kommunistischen Kollegen sollten sich die Frage vorlegen, was sie durch ihr Baroehen gegen ihren Verband erreichen. Nur Säuglingen bewillige man das Recht, das eigene Recht zu beschwören. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß es aufwärts gehe. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung wird die Entschließung Pied mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso eine Resolution Kiefer (Berlin), die sich mit der Jugendfrage befaßt. Mit der gleichen Mehrheit werden auch die übrigen oppositionellen Anträge abgelehnt.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind anwesend alle 200 Delegierte, 6 befehdelte und 3 unbefehdelte Vorstandsmitglieder, 2 Mitglieder des Ausschusses, 2 Redakteure des Verbandsblattes, 23 von 28 Bauvorstehern, ein Vertreter des ADGB. und Jugendsekretär Limm, zusammen 240 Vertreter, wozu noch zehn ausländische kommen. Alle Mandate werden für gültig erklärt.

Deutscher Musiker-Verbandstag.

Nachdem der Verbandstag am Mittwoch vormittag in einer geschlossenen Sitzung über interne organisatorische Fragen beraten hatte, berichtete zu Beginn der öffentlichen Nachmittagsitzung der Verbandsvorsitzende Fauth über das Ergebnis der seit drei Jahren geführten Verhandlungen

über den Neuabschluss eines Bühnentarifes.

Der Deutsche Bühnenverein hatte den mit dem Deutschen Musikerverband 1920 abgeschlossenen Bühnentarif zum 1. April 1924 gekündigt und am 8. Mai 1924 in einer Besprechung dem Musikerverband eine Tarifvorlage unterbreitet, die ganz ungeheure Verschlechterungen der sozialen und allgemeinen Arbeitsbedingungen des Vertrages vorlag. Eine zum 6. August 1924 angelegte Verhandlung wurde plötzlich abgefaßt, da der Syndikus des Bühnenvereins wegen Krankheit auf einer Erholungsreise sei. Am gleichen Tage wurde aber mit dem sogenannten „Reichsartell Deutscher Berufsmusiker“ ein Tarifvertrag abgeschlossen, der nicht annähernd dem früheren mit dem Deutschen Musikerverband abgeschlossenen Bühnentarif gleichkommt. Es wurden zwischen dem Musikerverband und dem Bühnenverein eine Reihe von Verhandlungen gepflogen, die aber zu keinem positiven Ergebnis führten, was anheimelnd auch gar nicht die Absicht des Bühnenvereins war. Der Bühnenverein machte, allerdings ohne Erfolg, sogar den Versuch, den mit dem unmaßgeblichen Reichsartell abgeschlossenen Tarifvertrag durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung auch dem Musikerverband aufzuzwingen. Als sich

die Verhandlungen fast drei Jahre hingezogen

hatten, überreichte der Bühnenverein im März 1927 dem Deutschen Musikerverband einen neuen Tarifentwurf, der in einer gemeinsamen Sitzung des Verbandsvorsitzendes und Beirates als neue Verhandlungsbasis angesehen wurde. Da aber der Bühnenverein die ihm übermittelten Verbesserungsanträge fast restlos ablehnte und die von ihm selbst ausgearbeitete neue Vorlage durch Gegenanträge wieder ungemein verschlechterte, konnte der Verbandsvorsitzend diesen so verhandelten Berichtigentwurf nicht mehr als Verhandlungsgrundlage empfehlen. Fauth empfahl, diesen dem Verbandstag gedruckt vorliegenden Tarifentwurf des Bühnenvereins abzulehnen.

Im Anschluß an diesen Bericht wurde zunächst die am Dienstag nicht beendete Aussprache über den Vorstandsbericht in ziemlich ausgiebiger Debatte zu Ende geführt. In seinem Schlußwort stellte Fauth in eineinhalbstündigen Ausführungen hauptsächlich die schiefen Darstellungen einzelner Diskussionsredner richtig und betonte, daß manche dieser Ausführungen bestimmt nicht gemacht worden

wären, wenn die betreffenden Delegierten sich den gedruckt vorgelegten Geschäftsbericht gehörig durchgesehen hätten.

Die weiteren Verhandlungen wurden bis Freitag vormittag vertagt, da die Delegierten sich heute zur Theaterausstellung nach Magdeburg begeben.

Tarifbewegung der Kleber.

Die im Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilier-Verband organisierten Kleber nahmen am Montag in einer gutbesuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen über den Abschluß eines Akkordtarifes ihrer Branche. Die Organisation bemüht sich schon seit längerer Zeit, durch Schaffung eines Tarifes die wirren Verhältnisse zu regeln. In der Position 1 für die Rolle Materialur Kleben, wollten die Unternehmer nur 40 Pf. zahlen, außerdem sollte die am 1. Oktober 1927 eintretende Lohnherhöhung unberücksichtigt bleiben. Da dies im Widerspruch zu der gesamten Lohnvereinbarung steht, war keine Einigung möglich und die Verhandlungen scheiterten nach 4stündiger Dauer. In einer einstimmig gefaßten Resolution brachten die Kollegen zum Ausdruck, daß sie mit dem Vorgehen ihrer Verhandlungskommission einverstanden sind und fordern, daß nur ein Akkordtarif abgeschlossen wird, der den eingereichten Forderungen gerecht wird.

Schluß mit der gewerkschaftlichen Freiheit.

Keine Einigung der Arbeitskonferenz über den Fragebogen.

Genf, 15. Juni. (WTB.) Die Internationale Arbeitskonferenz, die Dienstag abend den Fragebogen über die gewerkschaftliche Freiheit unter gleichzeitiger Opposition von Arbeitgeber und Arbeitnehmern abgelehnt hatte, hat Mittwoch vormittag trotz der inzwischen vom Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, unternommenen Bemühungen zur Erzielung eines Kompromisses sich auch gegen die Neubehandlung der ganzen Frage auf der nächstjährigen Arbeitskonferenz ausgesprochen, und zwar wiederum mit einer aus der Arbeiter- und der Arbeitgebergruppe zusammengesetzten Mehrheit. Damit hat die Frage der Behandlung der gewerkschaftlichen Freiheit für die Internationale Arbeitsorganisation zunächst ein Ende gefunden.

Ein Glück für die Arbeiter, daß ihre gewerkschaftliche Freiheit von dieser mißglückten Fragebogenformulierung nicht abhängt. Die gewerkschaftliche Freiheit wird nach wie vor errungen werden müssen wo sie noch nicht erreicht ist, verteidigt werden, wo sie bedroht und wieder errungen werden müssen, wo sie unterdrückt worden ist.

AfA-Funktionäre der Metallindustrie.

Auf Grund der von uns eingereichten Forderungen zum neuen Rahmentarifvertrag finden die ersten Verhandlungen mit dem BMB. am Freitag, dem 17. Juni, statt. Für den gleichen Tag, Freitag, dem 17. Juni, abends 7 1/2 Uhr, haben wir im Nordischen Hof, Invalidenstr. 126, gegenüber dem Stettiner Bahnhof, eine AfA-Funktionär-Versammlung angefaßt, in der die Berichterstattung über die Verhandlungen mit dem BMB. über den neuen Rahmentarifvertrag erfolgt. Bei der Bedeutung der diesmaligen Tarifverhandlungen, insbesondere der wichtigen Arbeitszeitfrage, erwarten wir bestimmt das Erscheinen aller AfA-Funktionäre.

AfA-Metallkartell
Günther, Lange, Rothe.

Was geht bei den Bergarbeitern Englands vor?

London, 15. Juni. (TII.) Die Bergarbeiterorganisation des Bezirks Mansfield hat Frank Hodges, den zurückgetretenen Sekretär der Internationalen Bergarbeitergewerkschaft, den prominentesten Gegner der radikalen Politik Coats, aufgefordert, die Führerschaft einer unpolitischen Bergarbeitergewerkschaft anzunehmen. Eine Entschließung, die die gleiche Aufforderung an Hodges enthält, wurde von den Bergarbeiterorganen in Nottinghamshire, Süd-Wales, Durham und anderen Plätzen angenommen.

Frank Hodges erklärte, daß er der Aufforderung, die Führung einer allgemeinen unpolitischen Bergarbeiterorganisation zu übernehmen, nicht Folge leisten könne, da er sich in die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen den zwei Richtungen der Bergarbeiterbewegung nicht einmischen wolle.

Die Gewerkschaftsjugend. Heute, Donnerstag, 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Südwesten; Jugendheim Nordstr. 11. Vortrag: „Sonnenwende.“ — Rhein: Gruppenheim Jugendheim Gelnauer Str. 3. Vortrag: „Ein Gang durch die Wirtschaftsgeschichte.“ — Südosten: Gruppenheim Jugendheim Nordstr. 10. Große Stunden. — Westfalen: Gruppenheim Jugendheim Gelnauer Str. 4. Amerikanische Dichter. — Südosten: Gruppenheim Reichenderger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Vortrag: „Das Reichsberufsgesetz.“ — Wedding: Jugendheim Jugend. — Südosten: Gruppenheim Reichenderger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Vortrag: „Das Reichsberufsgesetz.“ — Wedding: Jugendheim Jugend. — Südosten: Gruppenheim Reichenderger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Vortrag: „Das Reichsberufsgesetz.“ — Wedding: Jugendheim Jugend.

Jugendgruppe des BMB. Heute, Donnerstag, 19 1/2 Uhr, Bezirk Südwesten: Jugendheim Hauptstr. 15 (Zähringenzimmer). Spiel- und Unterhaltungsabend.

Verantwortlich für Politik: Dietrich Schill; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: R. B. Fischer; Soziales und Sonstiges: Fritz Raab; Anzeigen: H. Gier; sämtlich im Berlin-Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin, Grund: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 63 68, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Der glückliche Besitzer eines OPEL. Rades spart das Fahrgeld!

Nur 3 Mk. wöchentlich! SHERLOCK. GES. m. b. H. Berlin N. 54. Hackescher Markt 2-3. Tel. Norden 4941-43.



Der richtige Nachtisch

Ist und bleibt ein Oetker-Pudding. Er ist eine Freude für die Jugend und ein köstliches Labsal für die Erwachsenen. Nahrhaft, wohlschmeckend, leicht verdaulich und preiswert sind die Merkmale der

Oetker-Puddings.

die jetzt in noch besserer Qualität hergestellt werden als bisher und zwar durch Verstärkung des Aromas und durch Zusatz von feinstem Reispuder. Auch enthalten Dr. Oetker's Puddingpulver die für den Körperaufbau und die Blutbildung notwendigen mineralischen Salze. Infolge groß. Umsatzes sind Dr. Oetker's Puddingpulver stets überall in frischer Ware zu haben. 1 Stück 10 Pfg. Verlangen Sie in den einschlägigen Geschäften auch Dr. Oetker's neues farbig illustriertes Rezeptbuch Ausgabe F für 15 Pfg., wenn nicht vorrätig, gegen Einsendung von Marken von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.



Ein Kindertagesverweil von der Oma



Sechs Wochen lang heraus aus der quälenden, beengenden Großstadtmisshandlung, aus all dem Staub und Schmutz, den licht- und luftlosen, kümmerlich engen Behausungen und den fahlen, schmutzigen Höfen der Berliner Hinterhäuser. Den ganzen lieben Tag Wald, Wiese, blühende Bäume und Sträucher, und vor allem die herrliche, große, weite See genießen zu dürfen mit dem schönen langen Strand, wo man richtig, im großen Format, im Sande buddeln kann; und was ist das für ein feiner, schöner, weicher Sand! Baden, spielen und singen nach Herzenslust, und dann, welche Sonne: In lauberen, gut gelüfteten, geräumigen Zimmern wohnen, in lauberen Bettchen ganz allein schlafen und sich breitmachen dürfen, regelmäßig die Mahlzeit vorgekaut kriegen, ohne Gejammer und Geföhne, daß alles so teuer ist. Das ist schon was!

Die Auswahl der Kinder.

Vom 1. April bis zum 30. September werden Jungens und Mädels im Alter von 6 bis 14 Jahren aus dem Bezirk Treptow vom Jugendamt zu einer sechswöchigen Erholung nach dem städtischen Kinderheim Carlshagen verschickt. Die Auswahl der glücklichen Urlauber erfolgt durch die schulärztliche Untersuchung. Je nach Möglichkeit leisten die Eltern einen Verpflegungsbeitrag aus eigenen Mitteln, durch die Krankenkasse oder die Familienversicherung; die Verschickung wird jedoch nicht von der eierlichen finanziellen Beihilfe abhängig gemacht, und wo eine solche eben nicht möglich ist, erfolgt die notwendige Verschickung natürlich ebenfalls, die städtischen Zuschüsse dafür sind allerdings recht knapp. Wer nur einmal einen Blick in solche Schar kleiner, kümmerlicher Gestalten geworfen hat, die sich fast mühsam und ganz ungeliebt auf ihren tief zu schwachen Beinchen fortbewegen, deren fließende Augen so schwer laden und so sehr leicht weinen können, dem krampt sich das Herz zusammen. Der erste Ferientransport ist aus jenen Erholungsbedürftigen zusammengestellt, die kurz vor der Schulöffnung stehen und denen man vor ihrem Eintritt ins harte, unerbittliche Leben der Arbeit noch ein paar Wochen der Freiheit und Erholung gönnen will. Mit dem nächsten Transport kommen dann in der Hauptsache die ganz Kleinen, deren Fernbleiben vom Unterricht noch nicht von allzu großer Bedeutung ist, und dann in den eigentlichen großen Ferien all die anderen, soweit eben Platz und Geldmittel reichen.

Das neue Heim und - das Heimweh.

Das Carlshagener Kinderheim besteht aus zwei einstöckigen Gebäuden, die durch einen Hoftrakt miteinander verbunden sind. In einem Gebäude sind die Knaben, in dem anderen die Mädchen untergebracht. Im Vorderen befinden sich die Wirtschaftsräume, das Bureau, die Zimmer der Anstaltsleitung, das „Stullenzimmer“, ein Raum, in dem pro Tag ungefähr 500-600 Stullen geschneitten bestrichen und belegt werden, und endlich die Krankenzimmer, wo Kinder, die irgendwelche Krankheitserscheinungen zeigen, sofort von den anderen separiert werden. Im ersten Stock sind die Schlaf-, Wasch- und Duschräume. Die Schlafräume der Hortnerinnen, deren Obhut die Kinder tagsüber und im Bedarfsfälle auch des Nachts anvertraut sind, liegen ebenfalls hier, und zwar sind sie so verteilt, daß jede Hortnerin ihr Zimmer inmitten ihrer Gruppe hat, um bei eventuellem nächtlichen Bedarf sofort zur Stelle zu sein. Die Hortnerinnen sind junge, berufsreudige, durchwegs pädagogisch

ausgebildete Mädchen. Jede dieser Hortnerinnen, „Gruppenante“ genannt, hat 25 Kinder unter sich, die unausgesetzt bei Tag und bei Nacht ihrer Obhut und Aufsicht anvertraut sind. Die Kinder hängen mit der Zeit dann auch mit wahrer Liebe an der Tante, die ihnen abends vor dem Einschlafen so schöne Märchen vorliest und für all ihre kleinen Freuden und Leiden stets ein williges Ohr hat. Die ersten Tage im neuen Heim lassen sich so gar nicht schön an. So mancher weint nach seinem Zuhause, sei es auch noch so armelig. Das Essen, obwohl besser und reichlicher wie bei Müttern, schmeckt nicht, insbesondere die Einnahme der Morgensuppe stößt auf ziemlich heftigen Widerstand. Und mit dem gedrohten Widerstand gastronomischer Natur schwindet in kürzester Zeit auch alles andere Anbehagen. Man freundet sich rasch mit seinen Stubengenossen an, und die würzige Seeluft im Verein mit froher Geselligkeit und gesunder Lebensführung tun das ihrige, Körper und Seele all dieser kleinen, vom Schicksal arg vernachlässigten Menschenkinder zu heilen und zu kräftigen. Die allmählich einsetzende trohe Stimmung der Kinder muß wohl in den Briefen nach Hause deutlich durchklingen, denn es geht ein wahrhaft befreites Aufatmen durch die Antwortbriefe von Vater und Mutter, und täglich laufen wirklich rührende Dankesbriefe an die Anstaltsleitung ein. Die Kinder werden natürlich nicht mit Unterricht geplagt, man gewöhnt sie nur ganz vorsichtig an eine gewisse häusliche Disziplin, die in ganz leichten Verrichtungen besteht und die ihnen vom Elternhaus her fast immer fremd ist. So muß jeder Bub und jedes Mädchen abwechselnd die Betten zurechtmachen und die Stube vorzeigen; die ernsthafteste Reinigung erfolgt natürlich durch das Personal. Der „Ober vom Dienst“ verteilt die Post - allen macht das schließlich Spaß.

Tageseinteilung.

Morgens 7 Uhr wird aufgestanden. Das Betten der Kinder befragt wiederum die „Gruppenante“, und zwar in einer wirklich zarten und liebevollen Weise, durch ein fröhliches Morgenlied, und es ist direkt rührend anzusehen, wie die Kinder, an solche Zärtlichkeiten gewöhnt, mit einem fröhlichen „Guten Morgen, Tante!“ aus den Betten hüpfen. Dann geht's an die Morgenwäsche. Im Waschkraum hat jeder sein Waschgefäß nebst Seife, Schwamm und



Das Spritz-Brausebad

Jahnpuzrequisiten. Im Duschraum wird wöchentlich mehrmals eine Generalreinigung vorgenommen. Um 7 1/2 Uhr ruft der Gong zum Frühstück in den großen, hellgelöhten, blumengeschmückten Esaal und einer darausschließenden Veranda. Die diensthabenden Ober haben bereits das Frühstück, bestehend aus Hafersoden oder anderer Suppe nebst Butterstulle, bereitgestellt. Bevor man sich zu Tisch setzt, wird ein fröhliches Morgenlied gesungen, dann geht's mit einem kräftigen Appetit ans Frühstück; wer nachhaben will, meldet sich beim Ober und dann geht's - das zweite Frühstück in der Hand - an den nahen Strand oder in den Wald. Die Kleinen buddeln, die Großen spielen Ball oder andere Spiele. Um 12 Uhr gibt es Mittag. Jeder soll satt werden und die Ober servieren dienstbereit und ganz auf Wunsch noch ein zweites, oft auch ein drittesmal, nach. Nach dem Mittagessen wird geschlafen, und zwar jeder in seinem Bettchen, dann wird weitergespielt, um 4 Uhr gibt es Kalao mit Butterbrot, zum Abendbrot, um 7 Uhr, belegte Stullen oder eine Suppe. Alles ist müde und schläfrig vom Spielen und der guten starken Luft und freut sich schon auf sein Bettchen. Hier liest die Tante vor dem Einschlafen noch schöne Märchen vor, dann wird es ganz still und alles schläft einen tiefen, gesunden, kräftigenden Schlaf.

So gesund mit den allmählich runder und röter werdenden Bäuschen all dieser Glendwürmchen auch ihr fröhliches Gemüt. Sie wissen alle viel zu viel, und vor allem fast nur Häßliches. So wirken die Kinder auf ihre neue Umgebung zu Anfang oft bösbartig verstoßt, sie misstrauen ihren Wohltätern. Ein Beispiel, das in wenigen Worten die ganze Tragik solcher zerrütteter Kinderseele darstellt: Ein paar Jungens waren ungezogen und harter nun der Strafe. Statt dessen redete ihnen die Oberin mit gütigen Worten tief ins Gewissen und die Jungens, innerlich bereits zur erbitterten Gegenwehr gewappnet, wurden weich und verlegen, und einer stotterte mit mühsam verhaltenen Tränen: „Aee, Aee, Frau Oberin, ich glaub's man nicht, daß Sie wirklich so gut sind, Sie tun man bloß so.“ Liegt darin nicht all der verlorene Kinderglaube? Und so laut einer nach dem anderen auf und erschließt sich gleich einem verkümmerten Kletterpflänzchen, das man ans wärmende Licht der Sonne trug.

Untergrundbahnbau in Tempelhof.

In Kürze werden die Arbeiten für den Untergrundbahnbau in Tempelhof selbst aufgenommen werden, und zwar soll zunächst der Teil von der Ringbahn bis zur Dorfstraße eingebaut werden. Unmittelbar am Ringbahnhof Tempelhof wird ein Untergrundbahnhof angelegt, der durch Treppenanlagen direkte Verbindung mit dem Ringbahnhof Tempelhof erhält. Gleichzeitig erhält der Untergrundbahnhof Ausgänge an der Ringbahnstraße. Zusammen mit dem Untergrundbahnbau wird die Ringbahnüberführung umgebaut werden, so daß die vor kurzem auf dem Tempelhofer Feld umgebaute Berliner Straße in voller Breite unter der Ringbahn durchgeführt wird. Damit fällt der dem Verkehr nicht mehr gemachene Engpaß unter der Ringbahnunterführung weg. Die Straßenbahn wird in Zukunft in der Mitte der Straße liegen. Leider müssen die beiden Baumreihen fallen, um Platz für die neue Strahleneinteilung zu schaffen. Tempelhof erhält damit endgültigen Anschluß an das Berliner Schnellbahnetz.

Die Brücke im Dschungel.

Sitten- und Stimmungsbild aus dem Innern Mexikos. 27]

Von B. Traven.

Copyright 1927, by B. Traven, Tamaulipas (Mexiko).

Die Garza hat das Gesicht des Kleinen sofort wieder zugebedt. Der Gestank der Leide, der mit jeder Minute, mit der die Sonne höher kommt, unerträglich wird, der Geruch der schwelenden Kerzen, das schwere Ausatmen der Blumen, die so peinvoll sterben und nicht sterben wollen, der beißende Rauch des großen Feuers, wo die Kräder angezündet und abgeschossen werden, der durch den Wind in die Hütte getriebene, der Geruch von Schnaps, Kaffee, Zigaretten und Schweiß, lastet in der Hütte und zieht nicht ab, weil er sich unter dem Grasdach festnistet. In zwei Stunden wird die Morgenbrise vorüber sein und dann wird bis elf Uhr kein winziger Lufthauch wehen und das Innere der Hütte wird schlimmer sein als das Innere eines Ofens, in dem Tierkadaver verbrannt werden. Die Leute aber sitzen und tun so, als ob sie es nicht empfinden; die Garza muß dort sein und also bleiben auch sie da.

Die Männer haben ihre Zigaretten ausgeraucht. Sie nehmen nun ihre Hüte ab und kommen herein wie verlegene Schulkinder. Einer nimmt das Tuch vom Gesicht, die Männer kommen näher heran, stehen eine Weile, dann gehen sie wieder hinaus. Das Hinausgehen ist noch verlegener als das Hereinkommen. Sie wissen nicht, ob sie der Garza die Hand geben sollen oder nicht, ob sie etwas sagen oder fragen sollen oder ob sie besser ganz schweigen. Es sieht aus wie Verlegenheit, aber in Wahrheit sind die Leute nie verlegen. Ihr Benehmen wird nur geleitet von dem einen Gedanken: Was tun, um der Mutter ihren Schmerz vergessen zu lassen?

Mir fällt etwas auf. Die Leute alle nennen sich Christen, Katholiken. Trotz ihrer unbeschreiblichen Armut, einer Armut, bei der Kartoffeln und Kaffee ein Festmahl sind, von dem sie tagelang, wenn nicht wochenlang sprechen, trotz ihrer Lumpen, trotz ihrer Unkenntnis des Lesens und Schreibens, sie sind von einer rührenden Höflichkeit. Ihre Zeremonien sind nicht leere Gesten, sie sind Teile ihres Wesens, eines Wesens, das in tausend Jahre alter Kultur wurzelt. Ihr Takt wird von ihrem Herzen bestimmt, nicht von Formeln, die ihnen eingeprägt wurden.

Ich sitze auf einer Kiste neben dem Ausgang. Die

Männer müssen an mir vorüber, um hinauszugehen. Es ist soviel Platz, daß sie schlenkernd vorübergehen können, ohne daß sie mich berühren müssen. Aber jeder einzelne, der an mir vorbei gehen will, bleibt erst stehen und sagt: „Mit Ihrer gütigen Erlaubnis!“ Worauf ich, der ich nur unter meinesgleichen unhöflich bin, weiß man mich sonst für idiotisch halten würde, antworte: „Bitte, Senjor!“ und der Mann sagt: „Gracias, Senjor! Ich danke!“ Nun erst geht er wirklich vorüber, denn meinen Blick und meinen Atem zu kreuzen, ohne ein höfliches Wort zu sagen, wäre ihm unerträglich. Aber, wenn auf der Kiste nicht ich, der Weiße, sitzt, sondern ein verlumpter Indianer, so wird der Vorübergehende genau die gleichen Worte gebrauchen und sie mit einer Geste der Hand begleiten. Denn was bin ich in seinen Augen mehr als jener verlumpte Alte?

So höflich und so taktvoll sind die Leute und sie alle nennen sich Katholiken, aber ich habe nur einmal seit gestern Abend gesehen, daß sie das Kreuz in die Luft malen, und das war nur, als der Alte ein Kreuz über das Brett machte, ehe es ins Wasser geworfen wurde. Während den Leuten alle Gesten aus dem Herzen kommen, das Schlagen des Kreuzes und das Herumfingern am Rosenkranz sind ihnen eingeprägt Gesten, deren Sinn zu begreifen die vierhundert Jahre der Uebung nicht gelangt haben und die nun anfangen, ganz blaß und sinnlos zu werden. Jede Formel und jede Geste und somit auch jede Religion gehört zu ihrem eigenen Klima, zu ihrer eigenen Umgebung, zu ihrer eigenen Rasse. Verpflanzt man sie in eine andere Umgebung, so wird sie inhaltslos und verliert ihre Zeugungskraft: sie kann nicht mehr gebären, sich nicht mehr verjüngen und nach einem qualvollen Degenerieren stirbt sie endlich aus.

19.

Ich bin hungrig geworden und gehe rüber zu Sleigh. Das Mädchen ist schon lange aufgestanden, hat den Mais gerieben, Tortillas gebacken, Bohnen gekocht und Kaffee aufgestellt.

„Der Kaffee ist noch nicht fertig.“ sagt Sleigh. „Wir müssen noch eine Weile warten. Versucht noch mal, ich bin jetzt doch schläfrig.“

Er nickt ein, fährt aber gleich wieder auf und fragt: „Haben Sie den Jungen nicht gesehen? Er hat doch die Milch fortzubringen.“

„Der Junge steht drüben am Feuer und hilt knallen.“ gebe ich zur Antwort.

„Den will ich mir gleich heranziehen.“ Er steht auf und wir gehen zurück zu den Garzas.

Gerade kommt Garza von seinem Ritt heim. Er hat ein dickes Bündel Kerzen, ein Paket gemahlener Kaffee und zwei kleine Kolben braunen Zuckers. Außerdem hat er drei Flaschen Tequila, die er aus dem Basttäschchen zusammen mit den anderen Sachen herausholt. Die eine Flasche ist schon halb ausgekostet. Freilich, der Weg ist lang. Und wer die halbe Flasche ausgekostet hat, das sieht man. Garza hat sich einen ganz netten Rausch angefaußelt. Gleich geht die halbe Flasche rund. Garza hatte nur ein paar Pesos in der Tasche. Aber im Laden hat man sich angelehnt des traurigen Falles nicht geweigert, ihm zu borgen. Wie sollte er denn das Begräbnis zustande bringen ohne Tequila, ohne Kerzen, ohne Kaffee, ohne Zucker? Jedoch der Ladeninhaber weiß genau: Diese Schuld wird bezahlt, wenn Garza sonst vielleicht auch nichts bezahlen würde. Etwas hat er ja gleich angezahlt und da die Preise doppelt so hoch sind wie in der Stadt, so hat der Kaufmann schon jetzt die Selbstkosten mit einem ansehnlichen Gewinn in der Tasche. Kein Schlachtfeld ist so traurig, so beweinenswert, daß nicht irgendeiner daran verdienen könnte. Alles läßt sich zu Geld machen, seien es Tränen oder sei es Lachen, sei es Freude oder sei es Weh; der Mensch muß seinen Kummer so gut bezahlen wie seinen Tanz und selbst seine letzte Höhle unter der Erde, wo er niemand mehr im Wege ist, muß bezahlt werden.

„Machach!“ ruft Sleigh. „Teufel noch mal, was ist denn mit der Milch?“

„Ich komme schon, Senjor!“

„Aber sofort. Senjor Belasco wird einen Heidenlärm machen.“

Sehr aufgeregt ist Sleigh nicht. Es ist ihm ganz gleichgültig, ob Senjor Belasco, der Ladenbesitzer in dem näher zur Bahn gelegenen Dorfe, Lärm macht oder nicht. Sleigh hört den Lärm nicht und wenn er kommt, um die Quantitäten zu vergleichen, damit er mit seinem Farmer abrechnen kann, und der Senjor Belasco sollte was sagen wegen der Milchverpflanzung, dann dreht ihm Sleigh den Rücken, geht raus und setzt sich aufs Pferd. Die Kühe liebt er, aber sein Farmer, der Belasco und die Milch interessieren ihn nicht besonders.

Wir gehen wieder zu seiner Hütte und frühstücken auf einer Kiste, wo das Mädchen das Essen auf einer Zeitung ausgebreitet hat.

(Fortsetzung folgt.)

Die Bluttat in der Königgräher Straße.

Beide Täter geständig.

Wie erinnertlich, wurde in der Nacht zum Pfingstsonnabend von zwei maskierten Eindringern eine schwere Bluttat in der Königgräher Straße 46 verübt. Die Verbrecher waren durch ein Fenster in die Wohnung des Werkstättenleiters Ludwig Schilke eingedrungen, um zu stehlen. Frau Schilke war durch ein Geräusch erwacht und sah im Halbdunkel die beiden Männer. Als ihr Mann dann mit den beiden Eindringlingen handgemein wurde, sprang sie in ihrer Angst aus dem Fenster und zog sich eine schwere Rückenverletzung zu. Ihr Mann wurde von den Verbrechern niedergeschlagen und durch sechs Dolchstiche schwer verletzt. Ehe die von den Hausbewohnern alarmierte Polizei eintraf, waren die Verbrecher im Dunkel der Nacht verschwunden.

Nach schwierigen Ermittlungen ist es jetzt der Referendarmordkommission unter Leitung der Kommissare Tretin und Maritz gelungen, die beiden Schwerkörper ausfindig zu machen. Es handelt sich um einen neunzehn Jahre alten Arbeitslosen namens Walter Schulz aus der Langestraße und um einen 23 Jahre alten Erich Müller. Die Verbrecher sind Söhne erbarbarer Handwerker, die über die Tat der beiden sühnungslos und entsetzt sind. Nach langem Weigern gestanden sie. Schulz hatte die Absicht, nach Indien auszuwandern, und da ihm hierzu das Geld fehlte, wollte er es sich auf gewaltsame Weise beschaffen. Schulz und Müller haben sich in politischen Verammlungen kennengelernt. Es sind Phantasten, die sich als Anarchosyndikalisten bezeichnen.

Der überfallene Schilke befindet sich zurzeit außer Lebensgefahr. Der Zustand seiner Ehefrau gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Der erschossene Schwiegervater.

An die Wohnungstür gelockt und niedergeschossen.

Unter der Anklage des Mordes hatte sich gestern der 25jährige Klempnergehilfe Erich M. aus Mariendorf vor dem Schwurgericht II zu verantworten. Er wurde beschuldigt, am 14. September seinen Schwiegervater, den Werkmeister W., in dessen Wohnung in der Kauffstr. 6 in Mariendorf vorzüglich und mit Ueberlegung durch einen Revolverschuß getötet zu haben.

Die Tat des Angeklagten ist die Folge von ersten Familienzwistigkeiten. M. arbeitete Anfang 1924 bei der Gasbetriebsgesellschaft, bei der W. damals Werkmeister war. Der junge Mann knüpfte ein Liebesverhältnis mit der Tochter des W., an, zog zu diesen und heiratete Weihnachten 1924 das damals kaum 17 Jahre alte Mädchen. Die jungen Leute mußten sich aber eine eigene Wohnung suchen, als bald nach der Hochzeit ein Kind kam, da der Schwiegervater Kinderwirtschast in seinem Hause nicht mehr haben wollte. Das junge Ehepaar lebte zunächst im eigenen Heim recht glücklich. M. hatte auch bis Ende 1925 ständigen und guten Arbeitsverdienst und sorgte für Frau und Kind. Auch während der zeitweiligen unverschuldeten Arbeitslosigkeit im nächsten Jahre wußte er immer noch etwas zu verdienen und für die Familie zu sorgen. Dann aber trübte sich das Eheverhältnis, nach Behauptung des Angeklagten, weil die Schwiegereltern ihre Tochter gegen ihn aufbeizten. W. war schon lange arbeitslos und das Charakterbild, das der Angeklagte von seinem Schwiegervater gab, war in moralischer und sittlicher Beziehung kein sehr schönes. In den letzten Wochen hatte er seiner Frau nur geringe Geldbeiträge gegeben und Lebensmittel selbst gekauft. Auch davon, behauptet er, hatte sie einen Teil ins Elternhaus geschleppt. In große Erregung setzten die Angeklagten gegen den Schwiegervater, als dieser gegen ihn Anzeige erstattet hatte, daß er im Besitz von zwei alten Revolvern sei. M. hatte diese von seinem Hauswirt gekauft, weil er sie in Stand setzen und weiterverkaufen wollte. Nach der Behauptung der Ehefrau soll M. gedroht haben, daß er den Schwiegervater totschlagen werde. Am Tage vor der Bluttat verließ Frau M. mit ihrem Kinde morgens die Wohnung und ging zu ihren Eltern. In Abwesenheit des Angeklagten holte der Schwiegervater das Bett und die Sachen der Tochter aus der Wohnung. M. geriet darüber in große Erregung, beschaffte sich einen Revolver, kletterte die Nacht durch und auch den nächsten Tag. Am 14. September, abends um 8 Uhr, hörten die Schwiegereltern, so behaupteten wenigstens die Zeugen, ein Geräusch am Briefkasten, und W. ging in der Meinung, daß Post da sei, an die Tür. Die beiden Frauen hörten einen Schuß und den erschreckten Ruf des alten W. Schwer in den Unterleib getroffen, hatte W. noch Befassung, die Tür schnell zuzuschlagen. Der hinter der Tür stehende M. gab noch vier Schüsse durch die Tür ab, ohne zu treffen. Der Betroffene starb am nächsten Tage im Krankenhaus. Der Angeklagte bestritt, die Absicht gehabt zu haben, seinen Schwiegervater zu töten. Er habe sein Kind haben wollen, und sei deshalb dorthin gegangen. Er habe in der Abwehr gehandelt.

In später Abendstunde wurde der Angeklagte wegen Totschlages und unbefugten Waffensbesitzes zu 5 Jahren, 2 Tagen Gefängnis verurteilt. Acht Monate und 26 Tage wurden ihm auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Vorgehen gegen den Polizeimajor.

Im Verlauf der am Dienstag abend von dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in Berlin veranstalteten Kundgebung ließ der Inspektionskommandeur Major Bolzer zwei in Uniform demonstrierende Polizeibeamte verhaften. Sein allgemeines Verhalten fiel überhaupt unangenehm auf. Wie der „Sozial. Pressedienst“ hierzu erzählt, wird Major Bolzer seines Amtes als Inspektionskommandeur in den nächsten Tagen entlassen und in ein weniger selbständiges Amt versetzt werden.

Diese in Aussicht gestellte Maßnahme zeigt, daß der Berliner Polizeipräsident entschlossen ist, die selbstverständlich auch für Polizeibeamte geltende Koalitionsfreiheit zu schützen.

Der Prozeß Machan-Kolomak.

Zeugenvernehmung. — Die „große“ Streitfrage: Hat sie sich geschminkt?

Bremen, 15. Juni 1927. (Drahtbericht.)

Im Verlauf der Zeugenvernehmung wurde auch ein junger Kaufmann L. vernommen, der mit der Verstorbenen intim befreundet war. Er bekundete, daß er das Mädchen lange Zeit im Café beobachtet habe, und dann ihre Bekanntschaft machte. Später habe er die Mutter kennengelernt. Lisbeth habe abends stets zeitig nach Hause gemußt Sie sei „ein lieber Kerl gewesen“. Vorl.: „Waren Sie einmal im Hause Kolomak, als Sie mit der Tochter verreisten?“ Zeuge: „Niemals. Ich habe Frau Kolomak erst auf ihren Brief hin besucht, als die Tochter im Krankenhaus eingeliefert war.“ Der Zeuge ist dann schwer erkrankt, wie er sicher annimmt, durch die Lisbeth. Er hatte die Tatsache auch Frau Kolomak mitgeteilt, und Frau Kolomak habe sehr geweint, als sie dies erfuhr, und sei überrascht über all diese die Tochter betreffenden Umstände gewesen.

Lisbeth habe ihm, als er zwei Monate verreisen mußte, versprochen, sie würde kein Café mehr besuchen, und er habe ihr 50 Mk. gegeben, damit sie keine Dummheiten mache. Nach seiner Rückkehr wolle er ihr näher treten. Ueber ihr Vorleben habe sie manches erzählt. Vorl.: „War das Mädchen geschminkt?“ Zeuge: „Gar nicht.“ Vorl.: „War sie für eine Schusterstochter auffällig gekleidet?“ Zeuge: „Nein. Sie war gutbürgerlich angezogen.“ Staatsanwalt: Sie haben doch in der Voruntersuchung ausgesagt, daß das Mädchen gern mit alten Herren ging.“ Zeuge:

„Der Untersuchungsrichter hat versucht, mich nach der anderen Seite zu überzeugen, und hat alles in anderen Farben gezeigt, als ich es angegeben habe. Ich, der ich durch die Lisbeth krank geworden bin, hätte wohl Urteile, ihr Vorwürfe zu machen, aber ich kann nichts Schlimmes über sie sagen.“

Rechtsanw. Hertel: „Hatten Sie den Eindruck, daß die Polizei ungünstiges von Ihnen hören wollte?“ Zeuge: „Durchaus. Man wollte Schlimmes über die Familie von mir hören.“

Ein Kaufmann R. schilderte Lisbeth als Mädchen, das man gern haben konnte. Sie habe im Anfang der Bekanntschaft sich gewiegt, ihn zu besuchen. Später habe sie eine Geschäftsreise mitgemacht.

Staatsanwalt: „Haben Sie sie als Ihre Frau eingetragen?“ Rechtsanw. Hertel: „Herr Zeuge, Sie brauchen die Frage nicht zu beantworten, da Sie sich vielleicht strafbar machen könnten.“

Der Zeuge hat mit dem Mädchen längere Zeit freundschaftliche Beziehungen unterhalten, diese dann aber abgebrochen, weil er die Empfindung hatte, sie entsagte langsam. Vorl.: „Haben Sie Lisbeth Geld geschickt?“ Zeuge: „Niemals. Ich habe ihr eine Bluse und Mädelchen geschickt, weil sie meinem Herzen nahestand. Lisbeth weigerte sich zuerst und wollte die Sachen durchaus nicht nehmen.“

Staatsanwalt: „Frau Kolomak hat Ihnen nach der Trennung der Lisbeth den erwähnten Brief geschrieben, welchen Eindruck hatten Sie davon?“ Zeuge: „Sie wollte wohl die Verbindung zwischen uns als zulässige Schwiegermutter in Ordnung bringen.“

Rechtsanw. Hertel: „Glauben Sie, daß die Mutter wußte, in welchem intimen Verhältnis Sie zur Tochter standen?“ Zeuge: „Nein.“

Eine Nachbarin der Familie Kolomak bekundete, sie habe bei den Schuhmacherleuten nie etwas Unfittliches oder Schlimmes gesehen. Frau W., die eine Tochter der Familie Kolomak als Hausmädchen beschäftigte, stellte der Lisbeth und den Eltern ein sehr gutes Zeugnis aus.

In der Nachmittagsverhandlung wurde ein Fräulein S. vernommen. Die Kolomak habe ihr in der letzten Zeit einen recht unstillen Eindruck gemacht, und im Gegensatz zu den anderen Mädchen keinen seltenen Freund gehabt habe. Später habe die Lisbeth einen Herrn vom amerikanischen Konsulat kennengelernt, wo man gezecht und gegessen habe. Man habe sich im Konsulat aufgehalten und die Zeugin sei aus dem Zimmer gegangen. Beim Abschied habe die Lisbeth ihr 25 Dollar gezeigt. Bei einer „Hausfestlichkeit“

habe die S. sich in Herrengesellschaft gänzlich ausgezogen und als Äquivalent Kombinationen geschenkt erhalten. Für die 25 Dollar habe sich die Freundin einen Mantel gekauft. Die Frage des Vorsitzenden, ob in ihrer Gegenwart Herren in das Kolomaksche Haus gekommen seien, verneinte die Zeugin. Auf Vorhalt des Verteidigers gab die Zeugin — eine Bardeame — zu, daß sie im amerikanischen Konsulat ebenfalls 25 Dollar geschenkt bekommen habe. R. A. Hertel stellte sodann den Antrag, Polizeiarzt Dr. Dreum-Berlin über die Glaubwürdigkeit von Zeuginnen vom Schloße der S. zu hören, da diese Menschen keine Hemmungen befähigen und sich ihrer Biegenhaftigkeit selbst gar nicht bewußt seien. Der Kaufmann P., der bei der „Entleidungsstunde“ zugegen war, schilderte den Vorgang in seinen Einzelheiten. Ueber dieselbe Sache, bei der Alkohol reichlich floß, wurde auch der Zeuge J. vernommen, der aber betonte, er sei so betrunken gewesen, daß er nichts Genaueres mehr wisse. Dann wurde die nächste Autofahrt erörtert, die ein Kaufmann mit Lisbeth und Trude unternommen hatte. Der Autofahrer schilderte, daß seine Frau nach Hause gegangen, er aber mit einem Freunde und den beiden Mädchen eine Sprittour gemacht habe, bei der man erheblich gezecht habe, und früh am Morgen nach Hause gekommen sei. Er habe die beiden Freundinnen für einigermaßen anständige Mädchen gehalten, da seine Frau sonst die Tour gar nicht geduldet hätte. Geschenkt habe er den Mädchen nach der Fahrt nichts. Der zweite Teilnehmer an der Autofahrt betonte ebenfalls, daß in der Nacht „nichts passiert“ sei. Da auch dieser Zeuge erklärte, auf der Polizei habe man seine Aussagen falsch protokolliert, beantragte der Staatsanwalt, den betreffenden Polizeibeamten, die Protokolle ausgenommen hat, zu laden.

Der folgende Zeuge R., der nach seiner Schilderung die Lisbeth einmal flüchtig kennengelernt habe, und der nach der Ausfrage der „Trude“ zu der Lisbeth in die Wohnung der Kolomaks gekommen sei, bestritt dies sehr energisch. Der Untersuchungsrichter und die Polizeibeamten hätten ihn bei seiner Vernehmung drangefordert. Man habe ihm bei der Vernehmung alles mögliche unterzogen, was unwahr sei.

Ein Fräulein C., die Tochter eines Beamten, die eines Abends mit einem Bekannten im Café „Alstoria“ saß, erklärte, daß ihr Begleiter auf einem Tisch gefessen habe, an dem Lisbeth und ihre Freundin Trude saßen. Er sei aufgestanden, habe mit dem Mädchen gesprochen, und dann, als er zurückkam, gesagt: „Das Mas, das mich angestekt hat, hat sich noch nicht heilen lassen, jetzt zeige ich sie an.“ Die Zeugin wußte aber nicht, welches der beiden Mädchen ihr Begleiter gemeint habe. Einen

Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger und dem Staatsanwalt

gab es, als Rechtsanwalt Hertel die Zeugin fragte, ob sie es für möglich halte, daß die Trude durch einen kranken Freund die Lisbeth habe initiieren lassen, um nicht allein nach „Villa Sonnenheim“ zu kommen. Der Staatsanwalt beanstandete diese Frage, da Dr. Hertel mittelste, er habe diese Mitteilung von einem Defektio erhalten. Der Verteidiger erklärte, daß er gewungen sei, zur Erforschung der Wahrheit festzustellen, ob die Trude einer solchen Gemeinheit fähig sei. Die Zeugin erklärte, Lisbeth habe einen guten Eindruck auf sie gemacht. Dasselbe bestätigte ein Fräulein B., die auch im „Alstoria“ verkehrte. Die Zeugin ist mit der Verstorbenen einmal auf einige Zeit nach Berlin gefahren, da sie zwei Herren kennengelernt hatten, die lieblich während der Bahnfahrt Gesellschaft haben wollten. Die Mutter Kolomak habe sie mehrfach gesehen. Diese habe ihre Tochter immer ermahnt, anständig zu sein, und nicht so spät nach Hause zu kommen. Frau Kolomak habe aber immer wieder erlaubt, daß Lisbeth ausging, „denn eine Mutter kann nicht nein sagen“. Die Zeugin sah ihre Aussage dahin zusammen, daß Lisbeth nach ihrer Ansicht ein anständiges Mädchen gewesen sei.

Hierauf wurde die Verhandlung um 7 1/2 Uhr auf Donnerstag morgen 8 Uhr vertagt.

Bahnhof Schöneberg-Süd wird gebaut.

Das Schöneberger Südgelände, das durch die Abkennung des amerikanischen Bebauungsplanes wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt ist, soll bekanntlich an der elektrischen Schnellbahnstrecke Potsdamer Bahnhof — Lichterfelde-Ost einen neuen Bahnhof erhalten. Nachdem die Räumung eines kleinen Streifens des Kleingartengeländes längs des Bahnhofs bereits in den letzten Wochen erfolgt war, ist in diesen Tagen auch mit den Bauarbeiten begonnen worden. Der neue Bahnhof wird ungefähr in der Mitte zwischen den Bahnhöfen Papentrafte und Süden in Höhe der Siedlung Lindenhof liegen und die Bezeichnung „Schöneberg-Süd“ tragen. Zwei Bahnsteige, an denen sowohl die Züge der elektrischen Bahn wie auch der Jossener Strecke halten, werden dem Verkehr dienen. Die Fertigstellung, die auch noch einige umfangreiche Gleisverlegungen erforderlich macht, ist für den Sommer 1928 geplant.

Festkonzert des Musikerverbandes im Mundfunk.

Eines der bedeutendsten künstlerischen Ereignisse dieses Jahres ist das Festkonzert, das der Deutsche Musikerverband gelegentlich seiner großen Festtagung in Magdeburg veranstaltet und bei dem unter der Leitung des Kölner Generalmusikdirektors Abendroth 250 der ersten Mitglieder der bedeutendsten deutschen Orchester mitwirken. Dieses Festkonzert, das heute am 16. Juni um 19 Uhr 30 Minuten beginnt, wird durch folgende Sender vorbereitet: Leipzig, Dresden, Königs wusterhausen, Frankfurt, Kassel, Hamburg, Bremen, Hannover, Kiel, Langenberg, Münster, Dortmund und

Eberfeld. Am gleichen Tage, Donnerstag, den 16. Juni 1927, findet vormittags 10 Uhr in der Magdeburger Stadthalle ein Konzert der Orchesterhufe des deutschen Musikerverbandes, die der Hochschule für Musik in Berlin angegliedert ist, statt. Dieses Konzert wird übertragen von folgenden Sendern: Leipzig, Dresden, Königs wusterhausen, Frankfurt, Kassel, Langenberg, Münster und Dortmund. Außerdem wird im Zusammenhang mit dieser Festtagung um 15 Uhr 30 und um 16 Uhr über die Sender Langenberg, Münster und Dortmund von Köln aus ein Vortrag über die Deutsche Theaterausstellung Magdeburg 1927 gehalten.

Automatische Fahrkartengeber.

Nachdem jetzt die Bahnhöfe der Hochbahn und Untergrundbahn zum Teil mit neuen automatischen Fahrkartendruckapparaten, den sogenannten Passimelern, ausgerüstet worden sind, die das zeitraubende Laden der Karten ersparen und selbstständig die Befristung, Fahrtrichtung und Zeitangabe aufdrucken, werden in Biele auch die Schaffner der Omnibusse und der Straßenbahn ähnliche transportable Druckapparate erhalten. Die Versuche mit derartigen Apparaten sind, wie wir hören, bisher sehr gut ausgegangen, und die ersten Modelle der Fahrkartendruckapparate, die die Schaffner ähnlich wie die Geldscheine an einem Riemen über der Schulter tragen sollen, werden den zuständigen Stellen zur letzten Prüfung in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Man beabsichtigt zur Erleichterung des Verkehrs und der Abfertigung der Fahrgäste, die neuen Apparate sobald wie möglich zur Einführung zu bringen. Ein genauer Termin für die Einführung dieser



Für Reise und Sport

- | | | | | | | | |
|--|------------------|---|------------------|--|------------------|--|------------------|
| Sportanzug mit Breeches gemustert Gabardine | 24 ⁰⁰ | Motorrad-Schutzanzug Jacke u. Ueberziehhose, imprägniert | 24 ⁰⁰ | Herrn-Sakkooanzüge braun und mittelfarbig 48-52 | 32 ⁰⁰ | Lästersakkos in versch. Qual. 20-17-15-12,75-8,50 | 6 ⁵⁰ |
| Sportanzug a. Loden od. Manchester, versch. Farb. 36- | 39 ⁰⁰ | Herrn-Ledersportjacken br. 85-95, wdh. Chrom | 59 ⁰⁰ | Herrn-Sakkooanzüge modellfarbig und grau Gabardine, ein-u. zweifach, 90-95 | 60 ⁰⁰ | Washoppes verschied. Formen . . . 10,50, 8,25, 6,- | 4 ²⁵ |
| 4-teil Sportanzug grau und modellfarbig mit Breeches und langer Hose . . . | 52 ⁰⁰ | Damen-Ledersportjacken braun, leucht. Form, mod. Verarb. 100-115- | 99 ⁰⁰ | Reisemäntel für Herren, Gabardine u. andere Stoffarten verschied. Formen 90-75 | 55 ⁰⁰ | Tussoranzüge imit. 32-20-11- | 24 ⁰⁰ |
| Sportanzug engl. gemust. flotte mod. Verarb. 100-90-80- | 78 ⁰⁰ | Ruderjacketts blau Chemit | 33 ⁰⁰ | Reisemäntel für Damen, imprägn. Gabardine u. Herrenstoffe . . . 57-48-42-36-28 | 24 ⁰⁰ | Jünglingsport-Anzüge mit Breeches, mod. gemustert 36-21- | 18 ⁰⁰ |
| Windjacken aus wettert. Stoff f. Damen 11,50, f. Herren 7-24-21-18-13,50 11,50 | 6 ⁷⁵ | Oeluchjacken für Wassersportler | 13 ⁰⁰ | Wettermäntel imprägn. Strichleinen für Damen und Herren 42-33-24-21- | 18 ⁰⁰ | Knaben-Wasch-Anzüge Original Kieler, blauweiß gestreift, Größe 6 | 4 ⁵⁰ |
| Wanderhosen imit. Wildleder 2., Washkord | 6 ⁷⁵ | Weißer Hosen My Tonia 2. Strawl 21-18-11,50 8,50 | 6 ⁷⁵ | Gummimäntel f. Damen v. 14,50, f. Herren 36, 30, 27, 24, 18 | 10 ⁵⁰ | Sportanzüge für Knaben haltbare Qualität für 10 bis 14jährige 30-27-24-18- | 13 ⁵⁰ |
| Pullover für Herren und Damen, englisch | 10 ⁰⁰ | Hemdhus: 2 für Herren, vorz. mod. Stoffe, eleg. Verarb. | 9 ⁷⁵ | Pullover Damen-Kostüme schönste Farben . . . | 7 ⁹⁵ | Knaben-Pullover englisch, kleinste Größe . . . | 5 ⁵⁰ |

Baer Sohn & A. Chausseestr. 29/30
 Untergrund Bahn:
 Stettiner Bahnhof

Neuerung läßt sich aber zurzeit noch nicht bestimmen, da man die Schaffner möglichst generell mit den Fahrkartendruckapparaten auszurüsten will, um das Nebeneinander von verschiedenen Fahrarten zu verhindern. Die neuen Karten werden ebenso wie die jetzt ausgegebenen gelben Karten der Hoch- und Untergrundbahn erheblich kleiner im Format sein, als die bisherigen weißen und roten Fahrscheine der Straßenbahn und Omnibusgesellschaft.

Brandenburger Tor Ende Juni fertig.

Stückweise Abmontierung der Rüstungen.

Die Wiederherstellungsarbeiten des Brandenburger Tores werden jetzt nach fast siebenmonatiger Dauer Ende dieses Monats vollendet werden. Während die Steinmargarbeiten sowie die Ausbesserungen an den schadhaft gewordenen Mauern und dem Bronzestandbild schon vor einiger Zeit fertiggestellt worden sind, geht man jetzt daran, auch die unteren Teile des historischen Bauwerks, vor allem die Lördurchfahrten und Lörhäuschen zu renovieren. Diese Arbeiten werden längere Zeit in Anspruch nehmen, da aus Verkehrsrücksichten jeweils nur eine Lördurchfahrt repariert und gesperrt werden kann. Da die Arbeiten an den Gesimsen völlig ausgeführt sind, und auch die Sötte auf der Quadriga vor einigen Tagen wieder das ausgebleichte Siegeszeichen in der Hand hält, sind die Gerüste an den oberen Teilen des Bauwerks bereits zum Teil abmontiert und werden im Laufe der Woche völlig beseitigt werden. Die Rüstungen bleiben nur unten noch bestehen, soweit sie zu den Arbeiten an den Lördurchfahrten erforderlich sind. Durch die Auswechslung der schadhaft gewordenen Steinblöcke hat das früher sehr verwitterte Brandenburger Tor jetzt oben eine viel bessere Färbung angenommen, von der sich die grüne Patina des Bronzestandbildes wirkungsvoll abhebt. Die Hauptgesimse hat man etwas dunkler geputzt, während man die Säulen und die Lörhäuschen in ihrer durch Ruß und Vermwitterung erworbenen schwärzlichen Färbung beläßt, so daß sich das Brandenburger Tor nunmehr nach der Renovierung von oben nach unten in einer Skala von hell zu dunkel repräsentieren wird.

Die Tragödie einer Vierzehnjährigen. Wie wir gestern früh mitteilten, stürzte sich die vierzehnjährige Hildegard M. aus dem dritten Stockwerk der elterlichen Wohnung, Deßbriicker Straße 16/19 in Neudölln, auf den Hof hinab. Dieser Vorfall war der Gegenstand einer eingehenden kriminalpolizeilichen Untersuchung, die von der Inspektion des Polizeiamtes Neudölln geführt wurde. Die Feststellungen haben einwandfrei ergeben, daß die Eltern das Mädchen nicht schlecht behandelt haben, sondern ihm vielmehr — nach dem langen Aufenthalt im Waisenhaus — eine liebevolle Pflege angedeihen ließen. Es soll sich um ein schwer zu behandelndes, geistig wenig entwickeltes Kind handeln.

Frau Prof. Schnabel zieht Berufung zurück. Gestern nachmittag sollte vor der Großen Potsdamer Strafkammer der Berufungsprozess gegen die Frau Prof. Schnabel stattfinden. Frau Schnabel war seinerzeit wegen schwerer Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte sie Berufung eingelegt. Vor Eintritt in die Verhandlung gab ihr Verteidiger Justizrat Josephohn die Erklärung ab, daß Frau Schnabel ihre Berufung zurückziehe. Wie man hört, will Frau Schnabel ein Gnadengesuch um Erlass der Strafe einreichen.

Die Trauerfeier für Richard Calmer. Die Trauerfeier für den gemeinsam mit seiner Gattin auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Schriftsteller und Wirtschaftspolitiker Richard Calmer findet am morgigen Freitag um 13 Uhr im Krematorium Wilmersdorf statt, wo die Einäscherung erfolgt.

Sonnenwende der Naturfreunde. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien, begeht am kommenden Sonnabend und Sonntag auf seinem Grundstück am Hedersee bei Steinfurth-Eberswalde seine Sonnenwendfeier. Mitwirkende sind: der junge Chor, der Bewegungschor der Ortsgruppe, Reichstagsabgeordneter Franz Künstler (Ansprache), Rezitationen, Musik. Teilnehmerkarte 30 Pf. Beginn 24 Uhr. Abfahrt Steinfurth Fernbahnhof 12,35, 14,05, 16,00, 17,35, 18,40, 20,20 Uhr. Zug 17,35 Uhr hat Anschluß nach Schöpfung-Steinfurth.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Mittwoch, dem 15. Juni.

1. Rennen. 1. Waldmeister (Varga), 2. Kropos (Augustin), 3. Der Robineer (Ulbers). Toto: 14 : 10. Platz: 12, 32, 41 : 10. Ferner liefen: Mikodemus, Etlich, Ely, Fagode, Heideblume, Godmina, Manon, Gushent.
2. Rennen. 1. Graue Theorie (D. Schmidt), 2. Eleazar (Torras), 3. Capriol (Hannes). Toto: 32 : 10. Platz: 24, 35, 56 : 10. Ferner liefen: Balamedes, Doniburg, Araber, Rita, Kiferli II, Hülgroß, Orbenno, Naravedia.
3. Rennen. 1. Schneewittchen (Schmich), 2. Gerber (Grabsch), 3. Ondina (Augustin). Toto: 43 : 10. Platz: 14, 14, 14 : 10. Ferner liefen: Senio, Ad hoc, Verlethene, Metur II, Sonnengott, Heibler.
4. Rennen. 1. Anolo (D. Schmidt), 2. Gannon (Rüger), 3. Vergala. Toto: 16 : 10. Platz: 11, 16 : 10. Ferner liefen: Grimm, Peter Hille.
5. Rennen. 1. Aurelius (D. Schmidt), 2. Olympia (Ebert), 3. Oberminter (Torras). Toto: 20 : 10. Platz: 14, 23 : 10. Ferner liefen: Banderer, Juhigo.
6. Rennen. 1. Gerstina (D. Schmidt), 2. Bergmeister (Karr), 3. Schattenmücke (Schmich). Toto: 25 : 10. Platz: 11, 17, 11 : 10. Ferner liefen: Eestium, Vanabernia, Armbruster, Seeladelt.
7. Rennen. 1. Radevera (Nackel), 2. Ignotta (Janek), 3. Kalmor (Wermann). Toto: 37 : 10. Platz: 16, 19, 69 : 10. Ferner liefen: Sonenilde, Nissenlust, Wodenglück, Bechelors Duxter, Va via.

Funkwinkel.

In dem ersten Teil des Nachmittagskonzerts „Unsere Kinder“ singt die Sopranistin Cecille Spieß entscheidende Kinderlieder von Robert Reinick und das unvergessliche „Reißt du wieviel Sternlein stehen“. Diese kleine, wohlklingende und gutgebildete Stimme trifft ohne Anstrengung den richtigen Ton, den die Lieder erfordern und der allein für Kinder verständlich ist. Keine falsche Nuance hört. Dem Kinderliederpotpourri von Manfred, von Dr. Becces Kammerorchester flott und klug schön heruntergespielt, fehlt dagegen Robustität. Manfred variiert bereits zu viel und zu kompliziert die altbekannten Melodien, und auch der Jazzrhythmus ist hier kaum angebracht. Immerhin eine Veranstaltung von Niveau, wie auch das Abendkonzert, das unter Leitung von Renrowig italienische Kompositionen bringt, u. a. die vorbildlich gebaute und melodienreiche Ouvertüre zu Donizettis Don Pasquale. Renrowig ist hier vorbildlich im Rhythmischen und in seinem Bemühen um einen geläuterten und ausgeglicheneren Orchesterklang. Demetriescu spielt Balonische „Andianische Phantasie“ mit erstaunlicher Technik, Färbigkeit und feinsten Nuancierung. An Stelle des Tenors José Kassis singt Eduard Habich von der Staatsoper Welfen und Verdi mit starkem dramatischen Ausdruck, aber ohne Glanz und Volumen und vor allem ohne Cantilene. Statt des Vortrages „Holzmann“ von Lubitsch singt Alexandrine Alexandrowa Lieder von Schubert, leider ziemlich ausdruckslos. Erst bei den Arien von Gounod und Arbinis betritt sie ihr eigentliches Gebiet. Dr. Walter Leontal spricht über die Bekämpfung der Tuberkulose. Mit einfachen Worten und für jeden Laien verständlich entwirft er zuerst ein klares Bild von der Krankheit und schildert dann das Tuberkulin, das heute bei der Diagnose der Krankheit eine bedeutende Rolle spielt. Ueber die Bekämpfung selbst sagt er nichts Neues, aber er faßt die Methode vorbildlich zusammen und charakterisiert jede erschöpfend mit wenigen Worten. J. S.

Acht Jahre Gefängnis für die Kindermörderin.

Das Urteil im Prozeß Hagedorn.

Duisburg, 15. Juni. (Drahtbericht.)

Nach einvernehmlicher Beratung fällte heute abend das Schwurgericht Duisburg folgendes Urteil: Die angeklagte Käthe Hagedorn wird unter Zuhilfenahme mildernde Umstände wegen Sittlichkeitsverbrechen zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und wegen Totschlags in zwei Fällen zu je fünf Jahren Gefängnis, zusammengezogen in eine Gefängnisstrafe von acht Jahren, verurteilt. Die Unterjuchungshaft von einhalb Monaten wird von der Strafe in Abzug gebracht.

Aus der Verhandlung tragen wir noch folgendes nach:

Die Zeugenvernehmung im Prozeß Hagedorn ist beendet, die Sensation von de Sand-Schilowksi ist verpufft. Zwar hat Frau van de Sand nach Wiedereröffnung der Verhandlung erklärt, daß sie in der Nähe der Mordstelle einen älteren Mann gesehen, der in der Hand ein kleines Beil hielt und sich über die Leiche des Mädchens beugte. Dann erwiderte er sich in der Richtung, die auch Käthe Hagedorn vorher eingeschlagen hatte. Der Gericht erst habe sie in dem Zeugen Schilowksi den Mann wiedererkannt, und sie sei dessen unbedingt sicher. Die Angeklagte erklärte hierzu, daß sie die Tat allein begangen habe und niemand daran beteiligt sei. Schilowksi sagt unter seinem Zeugeneid aus, daß er zu der fraglichen Zeit zwar auf dem Friedhof in der Nähe der Rehwiese zu tun gehabt habe, von da aus aber direkt nach Hause gegangen sei. Die Zeugin von de Sand bleibt bei ihrer Behauptung.

Die Sachverständigen

nehmen das Wort, der interessanteste Teil in diesem seltsamen Prozeß beginnt. Als erster Gutachter äußert sich der Duisburger Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Gundelach. Wie war es möglich, so führte der Sachverständige aus, daß dieses unausgereifte junge Mädchen, das kinderlieb, gefühlpoll und gutmütig war und nicht einmal einem Tier etwas zuleide tun konnte, diese schauerhafte Tat beging? Käthe Hagedorn befand sich an jenem nachhängnisvollen Tage in einem Zustand erhöhter Reizbarkeit, die noch durch ihr Pubertätsalter vermehrt wurde. Als sie mit der kleinen Gefängniswärterin im Walde zusammen war, überwältigten sie ihre erdlichen Gefühle. Als das Kind schrie, verstopfte sie ihm den Mund. Motiv war der Widerstand der Kleinen, Motiv zur Tötung des Jungen war der Zwang, den Zeugen zu beseitigen. Die Angeklagte ist in ihrer Urteilsfähigkeit einem erwachsenen Menschen nicht gleich-

zuachten. Hagedorn steht die Tat in ihrem Leben, sie wurde nicht planmäßig ausgerichtet, aber trotzdem befand sich Käthe Hagedorn nicht in einem Zustand, der auf sie die Anwendung des § 51 des Reichsstrafgesetzbuches zuläßt.

Direkt entgegengelegter Ansicht ist Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, der den Fall Hagedorn geradezu einen Schulfall für den § 51 nennt. Das Mädchen befand sich in einem pathologischen Rauchzustand, der im Sinne des § 51 Bewußtlosigkeit und krankhafte Störung der Geistestätigkeit zur Folge hatte. Woraus schließt man, daß sie zurechnungsfähig war? Ist sie doch keine verworfene Verbrecherin, sondern selbst der Vater des ermordeten Mädchens hat ausgesagt, daß Käthe Hagedorn kein schlechtes Gemüt hat. Die drei Opfer, die Kinder und die Mörderin selbst, sind nicht auf eine Untat, sondern auf ein furchtbares Unglück zurückzuführen.

Der nächste Sachverständige, Oberarzt Dr. Beyerhaus von der Provinzialirrenanstalt, ist wiederum anderer Ansicht. Käthe Hagedorn ist nicht geisteskrank, nicht epileptisch, entstammt aber einer erblich schwer belasteten Familie. Deshalb muß sie wegen ihrer Uebererregbarkeit milder bestraft werden, ohne aber auf § 51 Anspruch zu haben. Prof. D. Raelle-Frankfurt a. M. schließt sich Dr. Beyerhaus an.

Prof. Strauch-Berlin will der Angeklagten den Schutz des § 51 zubilligen. Die Hagedorn ist nach seiner Ansicht eine gänzlich unausgereifte, noch völlig kindliche Person. Sie handelte, im Zusammenhang auch mit der großen Hitze am Tage der Tat, in einem epileptoiden Ausnahmezustand und schloßete so in sexueller Erregung die Kinder ab.

Die Beweisaufnahme wird geschlossen. Der Erste Staatsanwalt Dr. Ruditzki nimmt zu seinem Plädoyer das Wort. Wie immer in solchen Fällen, betont er, sind die Sachverständigen verschiedener Ansicht. Er ist geneigt, Dr. Gundelach und Prof. Raelle zuzustimmen. Schwere Erregung verbürgt nicht Straflosigkeit, und erschwerend fällt ins Gewicht, daß Käthe Hagedorn zuerst einen Zeugen beschuldigte, was sie nachher als völlig grundlos zurücknehmen mußte. Aber der Staatsanwalt billigt der Angeklagten mildernde Umstände zu, da ihr Intellekt und ihr Seelenleben unentwickelt gewesen seien. Er beantragt wegen Sittlichkeitsverbrechen sechs Monate Gefängnis und wegen zweifachen Totschlags je fünf Jahre Gefängnis, die zu acht Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Unterjuchungshaft zusammenzuziehen sind.

Nach dem Plädoyer des Verteidigers zog sich das Gericht zur Beratung zurück.



Schmucke Vorhänge verleihen dem einfachsten Raum freundliche Wärme

Um ihre Reinigung braucht Ihnen nicht bange zu sein. Lux Seifenflocken erhalten sie stets wie neu. Die Vorhänge werden nach dem Entstauben in klarem Wasser eingeweicht, darnach sorgsam in einem warmen Schaumbad von Lux Seifenflocken auf- und niedergedrückt, mehrfach tüchtig gespült und, wenn noch etwas feucht, gespannt oder auf der linken Seite gebügelt.

Zu Ihrem Schutz: Lux Seifenflocken sind nur in Originalpaketen zu 50 und 90 Pfg. erhältlich!



LUX SEIFENFLOCKEN SUNLICHT MANNHEIM

Von zwei Pferden.

Eine Erzählung vom sibirischen Fluß Jait.
Von Wjsewolod Iwanow.

Von den steilen Bergwänden blickten die alten Glockentürme der Kosaken auf den Jait. Die Adler lauerten am Ufer auf ihre Beute. Morgens, als die Adlerschnäbel rot blühten, wie Rosen, überquerte knapp vor dem Dampfer ein Alts den Jait. Es tat mir leid, daß ich kein Gewehr bei mir hatte, als ich mich im Gefilde niederbeugte und sein zorniges Gefröhse sah. Er aber, das Schiff anschauend, schüttelte bedächtig das Wasser von den Pfoten und huschte ins Rettungsgelände.

Ja, dieser Dampfer das war ein großes Wunder! Zum ersten Male in seinem Leben sieht der ruhmoollte Jait heuer die rauschenden Schaufen des Schiffes. Und dieser Jait erstreckt sich von Gurjew bis Drenburg, mehr als tausend Werst lang ist sein Flußlauf und bis zu diesem Sommer ließen die Kosaken keinen Dampfer über ihren Fluß fahren: man schreckt dadurch nur die Fische, meinten sie. Und ich war Zeuge, wie die Siedler entlang des Flusses an das Ufer liefen, ihre Arbeit in Stich lassend, um den Dampfer anzustarren.

Eine alte Kosakin in grünem Kleid wurde, unter den Armen gestützt, von ihrer ganzen Sippe zum Dampfer geleitet. Die Alte mußte nach Uralst reisen, um dort eine Kur zu gebrauchen. Sie hatte große Furcht vor dem Schiff, ergeben betrauerte sie sich bei jedem Summen des Schiffsrades und blies voll Andacht nach den alten Glockentürmen zurück.

Lange dauerte es, ehe die Alte mit mir sprechen wollte. Aber später, als ich ihr erzählte, wie es bei uns am Irtsch mit dem Fischfang stünde, begann sie, mich zu belehren, wie man richtig Fische fängt und wie ein ordentliches Fischernetz aussehen mußte. Zwischenburch schimpfte sie über die sibirischen Kosaken und schon gegen Abend, als Glockentürme und Wälder in der violetten, nach Wermuth und Muttergottesgras duftenden Dämmerung untertauchten, erzählte mir Agrossina Petrowna ihr Familiengleichnis.

„Du weißt ja sicherlich, wie man bei uns gewohnt ist, zu wirtschaften? Unsere Wirtschaft — wir tragen den Namen Scheljesnowskij — ist entlang des ganzen Jait bekannt. Noch von Kafins Zeiten her — man sagt, er sei ein großer Zauberer gewesen — oder von jemand anders Zeit an, züchtete unser Urgroßvater Jewgrof Scheljesnow Argamalen (Pferderasse). Er züchtete eine derartig wertvolle Rasse, daß die Leute sogar aus China zu uns kamen und viele tausend Rubel für ein solches Pferd bezahlten. Wieviel Köpfe unsere Pferdeherden zählten — daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Meine Mutter — der Herr gebe ihr den ewigen Frieden! — konnte sich indische Perlen an den Kragen ihres Sarafan nähern und unser Haus ist aus Ziegeln, einstöckig und hat ein eisernes Dach.“

Kinder? Wieviele Kinder habe ich gehabt, aber meist Mädchen, Söhne habe ich nur zwei geboren, Jegor und Mischka. Jegor war blondhaarig — das blond verblühte an der hellen Sonne wie Stroh, Mischka war kohlschwarz, wie ein echter Kirgise. Zwischen den beiden war ein Altersunterschied von zwei Jahren, aber sie lernten gemeinsam. Auch in der Wirtschaft staken sie immer beieinander. Nun, ehe Jegorscha unter die Soldaten gehen sollte, schenkte ihnen der Vater je einen Hengst von besonders wertvoller Zucht. Er verstand sich auf schnellbeinige Pferde — der Herr schenke ihm die ewige Ruhe! — und war schlauer als der geriebenste Zigeuner. Jegor bekam Sjerto, Mischka Jgrensto.

Die beiden Hengste wuchsen heran, wie in der Sage. Man sagt, daß während des Krieges der Held Radko Dmitrieff unsere Argamalen bewunderte und Jegorka fragte: Mit welchem Hafer ist dieses wunderbare Pferd genährt worden? — „Mit dem unsrigen... vom Jait...“ — Und der General befahl seinem Adjutanten, sich diesen Hafer anzumerken, damit das Lieblingspferd des Generals von nun ab damit genährt werde.

Wie oft die Kosaken den Kosaken das Leben gerettet haben — ich hab' es schon vergessen. Ich kann mich nur erinnern, daß Mischka einmal auf diesen Kosaken den Regimentschef vor der deutschen Gefangenschaft gerettet hat und für diese Heldentat das Georgskreuz bekam.

Im Herbst entließ man sie — oder sind sie willkürlich vom Militär fortgezogen — das weiß ich nicht mehr. Wenn man ihnen damals nahe kam, war es, als müßte einem das Herz zerreißen. Sie gingen im Hof herum, der Eine links, der Andere rechts. Und wenn sie aufeinander stießen, zerrte Mischka an dem Kreuz, das er an der Brust trug und schrie: „Den Jaren werfe ich meinotwegen fort, aber mein Glaube bleibt mir heilig!“ Ich werde nicht zulassen, daß man aus den Kirchen Ställe macht! Und mein Hab und Gut will ich nicht mit Kirgisen und anderen Hunden teilen!“

Und sie begannen miteinander zu schreien, als wären sie nicht Brüder, sondern weiß Gott, wer. Ich weine, weine ohne Ende, zünde vor dem Heiligenbild eine Kerze an und bete: Herr, beruhige ihre Herzen! Und konnte doch nicht verstehen, wie, wofür, warum? Ich fragte schon Mischka: „Soll man unser Gut nicht unter euch aufteilen?“ „Darauf er: „Ich will unsere Wirtschaft nicht zugrunde richten! Wozu also?“ — Und Jegor schreit: „Alles, alles will ich dem Volk hingeben!“ Und wem von uns er nachgeraten war, daß er so verworfen war — das kann heute noch der ganze Ort nicht begreifen. (Schluß folgt.)

Hammerfest.

Von Heinz Welten.

Eine haushohe See mit breitem weißen Kamm türmt nachbord auf und wirft das Schiff jäh auf die Seite. Der Steuermann droben auf der Brücke schüttelt sich ein wenig, damit von seinem Delzeug die Tropfen herunterfallen, mit denen die Sturzwellen ihn überschüttete. Die wenigen Passagiere, die mit dem Postschiff zum erstenmal die Reise gen Norden machen, stürzen erschreckt aus den Kabinen, in denen alles übereinander fällt, und rufen nach dem Steward: „Um Gottes willen, dieser Sturm! Das Schiff wird doch nicht —!“

Ja, hier oben geht der Wind etwas anders als auf der Fahrt durch die Fjorde, wo immer auf beiden Seiten die Klüfte zu sehen ist und der Meerespiegel zumeist spiegelglatt daliegt wie ein Havelsee im lachenden Sommermorgen.

Längst ist Tromsø am Horizont verschwunden. Großlund wird polstert, an dessen linken Ufer die gebirgige Ringödsfö mit einem schmalen Gletscher und einem von Gletschermuränen gebildeten Landsee liegt.

Weiter geht die Fahrt in den Raaglund hinein. Das Thermometer sinkt um ein bis zwei Grad, und die wenigen Touristen, die an der Kelling lehnen und auf die Felsen hinausschauen, hülsen sich fröstelnd in ihre Mäntel.

Die Bordwache schlägt die Glocke: zwölf Uhr in der Nacht. Allein sie ist nicht dunkel, diese Sommernacht auf dem 70. Breitengrade.

Vorsicht!



Schlittern macht Spaß. Aber Europa ist schon einmal in einen Weltkrieg geschlittert . . .

Hier ist es in der Nacht so hell wie am Tage; nur die Sonne selbst fehlt, die sich hinter den Wolken verbirgt. Mittsomernacht im hohen Norden! Schon klimmt ein Passagier nach dem anderen zum Oberdeck empor, um Umschau zu halten. Denn das Endziel ist nahe. Doch seltsam schauen die Gesichter aus, aus denen alle Lebensfreude geschwunden ist. Wachsgeb, bleich mit mattbläulichen Schattierungen in den Augen, so schauen die Lebenden den Toten ähnlich im Lichte der Mitternachtsonne. Zwischen der Insel Haagen, die eigenartige Formen aufweist, und der Insel Seiland, auf der man zahlreiche Rennitere entdecken kann, steuert das Schiff in eine weitläufige Bucht ein, an deren Ende eine größere Stadt liegt: Hammerfest.

Bier langgezogene Pfeife der Dampfspeise künden der schlafenden Stadt die Ankunft des Schiffes. Zahlreiche Boote kreuzen zwischen dem Schiff und dem Lande. Burschen bieten sich an, das Gepäck zu tragen. Kinder und Mädchen sammeln sich unten am Hafen und rustern neugierig die ankommenden Fremden. Die hungrigen Touristen pilgern zum Grand-Hotel, wo eine reich gedeckte Tafel im geheizten Speisesaal ihrer harret. Alles ist Leben, alles in Bewegung — um ein Uhr morgens! Die Sonne scheint hier ihr Amt als Zeitmesser an das Schiff abgegeben zu haben. Selbst die Geschäfte richten sich nicht allzu sehr nach den sonst üblichen Tageszeiten. Morgens um zehn Uhr sind manche noch geschlossen, nachts um elf Uhr viele noch geöffnet.

Wer könnte auch schlafen in diesen taghellen Nächten? Der Fremde, den die zwölfstündige stürmische Überfahrt von Tromsø bis Hammerfest müde gemacht hat, verjucht es. Doch gegen acht Uhr schon ist der fremde Gast wieder auf den Beinen und geht hinab in den Speisesaal, um zu frühstücken und dann die Stadt zu besuchen. Allein nur ein kleines verschlafenes Küchenmädchen ist sichtbar, das mürrisch und müde mit seinem Besen hantiert. Vor neun, zehn Uhr kann man kein ordentliches Frühstück erhalten. Doch endlich ist es so weit und die Besichtigung der Stadt kann beginnen. Es gibt nicht viele Dinge, die man in Hammerfest gesehen haben „muß“, und auch die wenigen kann man sich sparen. Doch was der Fremde nicht unterlassen soll, das ist ein Spaziergang durch die Stadt in mitternächtlicher Stunde, wenn nach dem Eintreffen des letzten fälligen Dampfers das Leben in den Straßen erlischt und sich in den Winkeln und Gassen verliert. Denn auch hier in der unscheinbaren kleinen Stadt, der „nördlichsten Stadt der Welt“, gibt es Winkel und Gäßchen, und hier im Halbdunkel liegen kleine Cafés, in denen es oft noch lange lustig zugeht, zumal dann, wenn ein fremdes Schiff angekommen ist und die Mannschaft Landurlaub erhalten hat.

Breite Straßen pflastert der Fremde, der Hammerfest durchquert, Straßen, die breit angelegt wurden, um der Feuergefahr zu steuern, welche ständig den hölzernen Häusern droht. Kurze Zeit verweilt der Wanderer auf dem Ostarkplatz, dem Hauptplatz der Stadt, in dessen Mitte ein kleiner Springbrunnen leise plätschert. Der Platz hat seinen Namen behalten dürfen, obgleich der Fürst, dem zu Ehren er benannt ist, seine Hoheitsrechte über Norwegen durch Storchingens-befehl verlor. Selten nur trifft der Wanderer einen Menschen auf seiner Straße, die so eigenartig schaut im fahlen Licht; nie trifft er einen Betrunknen und nie einen — Schützmann. Einfach und bescheiden sehen die kleinen schmucklosen einstöckigen Häuser aus; doch wer Gelegenheit hat, sie von innen kennen zu lernen, der staunt oft über die geschmackvolle gezielte, fast luxuriöse Einrichtung.

Und noch ein zweites Bild bleibt mir von Hammerfest in der Erinnerung. Ich ging zur Ostseite der Stadt hinaus zu den Transfiedereien, in denen aus Tausenden von Dorschlebern der Tran gewonnen wird. Mehr als jede andere Stadt des Nordens steht Hammerfest im Zeichen des Lebertrans, den man schon riecht, sobald man die Stadt betritt. Je mehr man sich den Siedereien nähert, um so eindringlicher wird dieser Geruch. Reihenweise stehen in langgestreckten Hallen die Boittie mit den großem grünlich-schwarzen Lebern. In anderen Räumen stehen hölzerne Pressen, die im Wasserbade aus den Lebern den wertvollen Tran gewinnen, der dann wieder in anderen Hallen in großen offenen Fässern fürs erste aufbewahrt und dann geflächt wird. Durch alle Räume des Betriebes führte mich der Obermeister, treppauf und treppab im Halbdunkel ging der Weg. Nicht eben leicht waren die Holztreppen zu begehen, die schlüpfrig waren vom vergossenen Tran, und mehr als einmal war ich verjucht, nach dem schmierigen tranabstufenden Geländer zu greifen. Gleichwohl hielt ich mich wacker und folgte meinem Führer unverdrossen. Doch als dieser am Schluß der Wanderung vor einem großen Faße halt machte, sah ein Glas geben ließ und dieses, mit dem goldgelben Tran gefüllt, dem fremden Gaste reichte, damit jener sich selbst von der Qualität des Fabrikats überzeuge, — da wandte sich der Gast mit Grausen . . .

Tiere, die mit Werkzeugen arbeiten.

Lange Zeit hat man die Fähigkeit, Gegenstände zu bestimmten Zwecken als Werkzeuge zu benutzen und solche Werkzeuge zu verfertigen, nur den Menschen zugeschrieben. In den letzten Jahrzehnten sind aber unzweifelhafte Beispiele vom Gebrauch, ja, sogar von der Herstellung von Werkzeugen im Tierreich aufgefunden worden, und damit ist ein neuer geistiger Zusammenhang zwischen Mensch und Tier geschaffen. Die psychologische Bedeutung dieser Beobachtungen für das Verständnis tierischer Handlungen behandelt der Amsterdamer Biologe Blerens de Haan in einem Aufsatz der „Naturwissenschaften“. Zunächst gibt er eine scharfe Definition des Begriffes „Werkzeug“ und nennt dieses einen körperlich von dem Benutzer getrennten Gegenstand, der zeitweilig als Zwischenglied in einem von dem Benutzer ausgeführten, in sich abgeschlossenen Handlungskomplex zur Erreichung eines bestimmten Zweckes eingeschaltet wird. Solche Werkzeuge können nur von Tieren unter verschiedenen geistigen Gesichtspunkten verwendet werden, entweder aus Instinkt oder durch die während ihres Lebens erworbene Erfahrung, als Dressurhandlungen, die ihnen von Menschen zu bestimmten Zwecken eingepflügt werden, und auf der höchsten Ent-

wicklungsstufe der Tiere als Intelligenzhandlungen, bei denen die Beziehungen zwischen den Handlungen des Tieres und dem erstrebten Zweck erkannt werden. Als Beispiel für den rein instinktiven Werkzeuggebrauch führt der Verfasser Ameisen an, die ihre Nester aus Baumlättern zusammenkleben. Diese Tiere bedienen sich zum Zusammenkleben der Blätter, wie Beobachtungen der jüngsten Zeit einwandfrei erwiesen haben, des Sekretes der Oberkieferdrüsen ihrer Larven, und zu diesem Zweck werden die in den Mandibeln festgehaltenen Larven mit ihren Vorderenden abwechselnd gegen die beiden zu vereinigenden Blätter angebracht. Bei dieser Behandlung scheiden die Larven, die große und stark entwickelte Spinnbrühen haben, einen Spinnstoff aus, der bald trocknet und beide Blätter durch einen papierähnlichen Stoff zusammenhält. Diese Ameisen benutzen also ihre eigenen Larven als Werkzeuge; aber diese Werkzeugverwertung ist sogar noch komplizierter, denn wenn die zu vereinigenden Blätter zu weit voneinander entfernt sind, als daß ein Tier allein, auf einem Blatt stehend, die Larve gegen das andere Blatt andrücken könnte, so erfährt eine zweite Ameise die erstere um die Körpermitte und benutzt wieder die die Larve haltende Kommeradin als Werkzeug. Manchmal werden auf diese Weise ganze Ketten von fünf bis sechs Ameisen gebildet, deren vorderste das eigentliche Werkzeug, die Larve, festhält. Diese Benutzung der Larven zum Nestbau ist aber zweifellos eine reine Instinkthandlung.

Schwieriger schon ist die Beurteilung des Werkzeuggebrauches bei einer Grabwespe, die mit ihren Kielen und Vorderbeinen ein Loch macht, in das sie ihre gelähmte Beute mit einem an ihr befestigten Ei begräbt. Das Loch wird dann mit Sand und Erde ausgefüllt, und dabei beobachtet man bei einzelnen Tieren, daß sie ein kleines Steinchen herbeiholen und mit diesem den Sand zusammenstampfen, bis nichts mehr den Platz des Loches betriet. Würden alle Tiere dieser Grabwespenart zum Feststampfen der Erde Steinchen benutzen, dann müßte man, wie bei den Weberameisen, von einer instinktiven Vererbung der Werkzeuge sprechen. Da aber nur einzelne Tiere sich dieser Steinchen bedienen, so darf man annehmen, daß sie aus einer zufälligerweise erworbenen Erfahrung handeln. Das gleiche muß bei Tintenfischen der Fall sein, von denen berichtet wird, daß sie, mit einem Stein bewaffnet, Muscheln überwachen, die im Begriff sind, ihre Schalen zu öffnen. Sobald die Muschel eine genügende Öffnung zeigt, steckt der Tintenfisch den Stein zwischen die Schalen, verhindert so das Schließen der Muschel und verzehrt das Muscheltier. Auch diese recht raffinierte Handlung kann doch nur als eine aus Erfahrung erkommene bezeichnet werden. Sehr viel häufiger begegnet man der Benutzung von Werkzeugen bei dressierten Tieren, bei denen aber der Dresseur interessanter ist als das Tier selbst, denn es ist seine Erfindungs-gabe und Geduld, die z. B. bei einem Schimpansen diejenigen Benutzungen auswählt und dem Schüler einprägt, mit denen er die Gabel beim Essen benutzt oder einen Hammer schwingt. Die Verwendung von Werkzeugen aus einer Einsicht in die Gründe der Handlungsweise heraus findet man im Tierreich nur bei Affen, und zwar nicht nur bei den Menschenaffen, sondern auch bei den niederen, von denen manche Instände sind, Gegenstände mit einem Stock heranzuholen, mit Steinen Ritze aufzutunken usw. Bei den anthropoiden Affen hat man derartige einfache Handlungen genau beobachtet. So z. B. die Benutzung eines Stockes, hinaufklettern nach einer hoch aufgehängten Frucht, das Benutzen des Stockes als Grabstock, Hebel oder Horke. Die Menschenaffen übertragen aber die niederen Affen in der Fähigkeit, Werkzeuge herzustellen. So hat man festgestellt, daß ein Schimpanse einen einfachen Schlüssel aus Holz verfertigt, mit dem er ein Schloß öffnet. Schimpansen brechen von Ästen Äste ab, um daraus eine Harke zu machen, befestigen auch zwei Stöcke aneinander, um eine Frucht zu erreichen, ja, nagen ein Ast festhalten. Damit sei der Menschaffe, daß er wirklich der nächste tierische Verwandte des Menschen ist.

Maitäferhildchen. Wenn es auf den Menschen ankäme, könnte der Maitäfer nicht einen Tag seines Lebens froh sein. Wird er doch schon von seiner frühesten Jugend an, da er als fetter Engerling sich die Wurzeln im Boden schmeden läßt, grimmig verfolgt. So liehlt, wie einst im Jahre 1481, ging es ihm freilich nie wieder. Damals tat nämlich der Bischof von Thur alle Maitäfer, die sich in Graubünden sehen ließen, feierlich in Acht und verbannte sie gleichzeitig nach einem einsamen, ganz entlegenen und sonnenlosen Tal, wo sie von nun an ihr Leben fristen sollten. Was die Folgen dieses ungeheuerlichen Bannfluches waren, meldet die Chronik leider nicht.

Die alten Germanen dagegen, für die der Maitäfer ein richtiges Frühlingsymbol bedeutete, gingen wesentlich anders mit ihm um. Denn ebenso wie sie im Frühling alljährlich den ersten Storch und die erste Schwalbe mit Jubel begrüßten, so wurde auch der erste Maitäfer freudig empfangen. In einzelnen Gegenden lernte man seine Ankunft sogar mit einem richtigen Fest und dieses Fest hat sich Jahrhunderte hindurch erhalten. In Schleswig-Holstein wurde das Maitäferfest noch im 17. Jahrhundert begangen und zwar hauptsächlich von jungen Mädchen, für die der brave erste Maitäfer willkommene Gelegenheit zu einem lustigen Frühlingstanz bot.

Eine heitere Maitäfergeschichte ereignete sich im Juni des Jahres 1750 zu Erlangen. Man hatte, wie es hieß, im nahen Orte Hirschbrud gewaltige Schwärme von Heuschrecken beobachtet und nun hatten die schlauen Erlanger nichts Ulligeres zu tun, als schleunigst ihre sämtlichen Schweine nach Hirschbrud zu treiben, damit sie sich an den Heuschrecken recht lattfressen könnten. Was man aber an Ort und Stelle kam, stellte sich heraus, daß die Heuschrecken gar keine Heuschrecken, sondern vielmehr — Maitäfer waren. „Die Schweine“, so meldet ein Zeitungsbericht von damals, „welche man bei solcher Gelegenheit mit einem Geruch Heuschrecken traktieren wollte, mußten also hungrig und mißvergnügt zu ihren Träbern wieder nach Hause gehen.“

Der Kampf um das Ferngas.

Scharfe Ablehnung der Zehenvorschläge durch die Gasfachleute.

C. K. Kassel, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Unter größter Aufmerksamkeit der über 1000 Gasfachleute Deutschlands, die in Kassel versammelt sind und unter denen auch die bedeutendsten Vertreter der Ruhrzechen vertreten waren, erfolgte heute die Diskussion der Ruhrzechenprojekte für die große Gasfernversorgung. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Referat des Gaswerksdirektors Müller aus Hamburg. Das groß angelegte Referat behandelte in vollster Ausführlichkeit die gesamten Probleme, die durch die Pläne der Ruhrzechen und der Kohleverwertungs A. G. für die Zukunft der deutschen Gaswirtschaft akut geworden sind.

Soll die Gasfernversorgung wirtschaftlich sein, so führte Direktor Müller aus, dann müssen die Kosten des investierten Kapitals die Kosten für die Kompression des Gases, die Kosten für die Fortleitung, die 3 Pf. pro Kubikmeter nicht überschreiten dürfen, berücksichtigt werden. Am Ende der Leitungen muß jeweils ein großer Abnehmer liegen. Für das Ruhrzechenprojekt kommen nur Städte in Frage, die insgesamt einen Jahresverbrauch von zwei Milliarden Kubikmeter haben. Diese Städte verbrauchen insgesamt pro Jahr 4,8 Millionen Tonnen Kohlen, von denen 2,4 Millionen vom Ruhrgebiet geliefert sind. Voraussetzung für das technische Gelingen der großen Projekte der Ruhr ist die Anzahl von 30 Wärmegeneratoren in Hamm und 15 in Hamburg, die Errichtung von Sammelanlagen an den beiden Enden der Sammelleitungen, vollständige Reinigungsanlagen, eine große Apparatur zur Druckerzeugung von 20 bis 30 Atmosphären und das gesamte Netz der Fernleitungen. Das erfordert einen

Kapitalaufwand von rund 400 Millionen Mark.

Die Fortleitungskosten pro Kubikmeter betragen 2,2 Pf. und wo Ringleitungen gelegt werden, 2,5 Pf. An der technischen Durchführung des Zehengasprojektes brauche durchaus nicht gezweifelt zu werden. Für einen ersten Ingenieur sei die Durchführung eine ideale Aufgabe. Ganz anders stehe es mit der wirtschaftlichen Möglichkeit und Zweckmäßigkeit.

Die Gesamtwirtschaft treffen folgende wichtige Wirkungen, falls das Projekt zur Durchführung komme. Sämtliche übrigen Gebiete Deutschlands würden von der Kohlenlieferung für die Gaserzeugung ausgeschlossen. Auch die englische Kohle würde vollständig verdrängt.

Darin bestehe der große wirtschaftliche Vorteil für das Ruhrgebiet.

Von der Ruhrkohlenförderung betrage der Gasverbrauch für die Gaswerke nur 11 Proz. Für die Ruhrzechen ergebe die Durchführung allerdings erhebliche materielle Vorteile. Die Gesteinskosten des Gases betragen pro Kubikmeter insgesamt (eingeschlossen die Fortleitung) 4 Pf., die Offerten, die den deutschen Gaswerken gemacht worden sind, seien auf 4,8 bis 6,4 Pf. gegangen. Lege man einen Verdienst von 1 Pf. je Kubikmeter zugrunde, so ergab sich eine Neueinnahme bei 2 Milliarden Kubikmeter für die Ruhrzechen von 20 Millionen Mark oder für das neu anzulegende Kapital von 400 Millionen eine Rente von 5 Proz. Diese Mehreinnahme erhöhe sich aber noch durch die Verwertung von Abfallstoffen von 2 Millionen und durch die Verdrängung des Gasstoffs durch Zehengas um weitere 3,9 bis 4,8 Millionen Mark. Seien die Reisanlagen etwa in zwanzig Jahren amortisiert, so würde sich eine Verdoppelung der Einnahmen ergeben. Jeder Gasverbrauch über 2 Milliarden Kubikmeter hinaus würde den Gewinn noch bedeutend steigern.

Die Forderungen der Kohleverwertungs-A. G.

Welche Entscheidung haben nun in dieser Lage die Gaswerke zu treffen? Zweifellos seien die kleinen Werke, die mit unrationalen Kosten produzieren, die Schlüsselstelle der öffentlichen Gaswirtschaft. Es sei aber irrig, wenn angenommen werde, daß jährlich 1,4 Millionen Tonnen Kohle durch die kleinen Werke vergebend würden. Nur die Hälfte komme bei dem heutigen Hochstand der Gaswerksorganisationen in Frage. Die letzten Forderungen der Kohleverwertungs-A. G. waren folgende: Es werde ein Preis

pro Kubikmeter Gas von 4,8 bis 6,4 Pf. verlangt. Den meisten Abnehmern wird eine genaue Abgrenzung des Versorgungsgebietes vorgeschrieben. Sie werden weiterhin zu einer bestimmten Gasabnahme verpflichtet, und jede Zunahme des Gasabnahmes müsse durch Bezug von Zehengas gedeckt werden. Drittens sollen große Abnehmer direkt beliefert werden. Viertens: Bei jeder Verwendung von Gas zu anderen Zwecken als bisher üblich soll die Zustimmung der Kohleverwertungs-A. G. eingeholt werden.

Gegenüber diesen Forderungen erklärte Direktor Müller im Namen des Vereins Deutscher Gas- und Wasserfachmänner, daß

diese vier Forderungen absolut unannehmbar

seien. Darüber hinaus wären aber auch die Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft noch zu überlegen, die bei der Durchführung des Projektes eintreten müßten. Die Stilllegung von Gaswerken würde notwendig für 15 000 Arbeiter und Angestellte Arbeitslosigkeit bedeuten. Die Gaswerke und Apparate bauende Industrie, die 3000 Arbeiter beschäftigt und 30 bis 50 Millionen jährlichen Umsatz hat, würde auf das schwerste geschädigt. Die deutsche Reichsbahn müßte von ihren 40 Millionen Verkehrseinnahmen bei der Kohlenzufuhr an die deutschen Gaswerke mindestens 25 Millionen verlieren. Zusammenfassend sei zu sagen, daß für Großstädte aus dem Ruhrzechenprojekt

keine Verbilligung des Gaspreises zu erwarten

sei. Nur für einen kleinen Teil der Zehne kann eine Verbilligung eintreten. Auch volkswirtschaftlich sei noch aus einem anderen Grunde die Investition von 400 Millionen Mark unwirtschaftlich. Daß 700 000 Tonnen Kohle, die durch das Vorhandensein der kleinen Werke erspart werden können, steht ein Gasverlust in den langen Leitungen von 2 Proz. gegenüber. Da auf das Ruhrgebiet nur 2,4 Millionen Tonnen der Kohlenlieferung entfallen, stünde einem volkswirtschaftlichen Verlust von 7 Millionen Mark für Kohle ein Rohrleitungsverlust von 6 Millionen Mark gegenüber. Die 1 Million Mark, die volkswirtschaftlich gewonnen werde, rechtfertigen keineswegs den Aufwand von 400 Millionen, den die Zehne ins Auge gefaßt haben. Nachdem die meisten großen Städte Deutschlands gar nicht daran denken, ihre eigene Produktion aufzugeben, sei Frankfurt und Köln in den letzten Tagen ja noch deutlicher gewesen.

Das neue Programm der Kohleverwertungs-A. G. das eine gemischtwirtschaftliche Betriebsgemeinschaft eventuell mit den Städten vorleht, sei das Ergebnis dieser bisherigen Ablehnung gewesen. Zu diesem neuen Programm sei noch nicht Stellung genommen. Aber schon heute könne gesagt werden, daß der Weg, die Kohlerei auf flüssige Brennstoffe umzuwandeln, für die Ruhrzechen ein wesentlich günstigerer sei als die Gasfernversorgung. Auf der anderen Seite müßten die Gaswerke die ihnen für die Durchführung der Fernversorgung bevorstehende Aufgabe darin erblicken, die Gruppengasversorgung, in den einzelnen Gebieten, gestützt auf zentral gelegene höchstleistungsfähige Werke, im ganzen Reich durchzuführen, und es sei zu hoffen, daß Reich und Länder dies Vorgehen der Gemeinden unterstützen werden und keine vorläufigen Hemmungen bereiten werden.

Vom Gasstoffsyndikat.

In der in Kassel abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung des Gasstoffsyndikats in Köln erläuterte der Vorsitzende den vorliegenden Geschäftsbericht und erwähnte, daß die Umsatzzahlen des Gasstoffsyndikats zum erstenmal seit Gründung des Syndikats einen Jahresumsatz von einer Million Tonnen Gasstoffs und damit eine Steigerung um 66 Proz. über den Höchststand des Vortriessjahres 1912/13 zu verzeichnen hätten. Auch in den Nebenerzeugnissen habe sich die Geschäftslage befriedigend entwickelt, so daß der gesamte Umsatz des Jahres 1926 auf rund 59 Millionen Raummeter angewachsen sei. Das sei der höchste Jahresumsatz seit Gründung des Syndikats und bedeute eine Steigerung um rund 25 Proz. gegenüber dem Vorjahre.

Mit anderen Worten: auch auf dem Kunstseidemarkt, der bisher in erheblichem Maße eine Konkurrenz für Damenkleider- und Wäschestoffe bedeutete, stehen Preiserhöhungen bevor. Die noch junge Industrie hat den Weg vom losen Verband zum Preiskartell, der den Markt beherrschen will, sehr schnell zurückgelegt. Begünstigt wird sie dabei durch die hohen Zölle. Man kann gespannt sein, wie sich das angekündigte Anziehen der Preisschraube auf den übrigen Markt der Bekleidungswaren auswirken wird.

Rationalisierung in der Autoindustrie.

Die Adlerwerke vervierfachen ihre Leistungsfähigkeit.

Die zwei Jahre der Abwärtsreise auf dem Automobilmarkt haben die Adlerwerke vorm. H. Krieger-Frankfurt gut ausgenutzt; einmal zur Ausarbeitung neuer Typen und dann unter Verzicht auf Dividendenzahlung durch Anlegung der Gewinne in verborgenen Betriebsanlagen. So konnte sie der im vergangenen Sommer aufkommenden Konjunktur mit einer beträchtlich gesteigerten Leistungsfähigkeit ihrer Werke begegnen, die bis zum Frühjahr 1927 soweit vorgetrieben werden konnte, daß die Betriebe jetzt die vierfache Leistung hergeben können.

Es ist ein Zeichen des Konjunkturaufschwungs in der Automobilindustrie, daß die Aufträge die Produktionsfähigkeit des Werkes übersteigen und nur mit mehrmonatigen Lieferungsfristen bewältigt werden können. Von ihrer neuen kleinen Spezialtype konnten die Adlerwerke in den Frühjahrsmonaten 600 Wagen im Monat abliefern und für einen weiteren neuen Wagentyp, der im Mai in großen Serien aus den Betrieben herauskam, verpricht sich die Verwaltung noch eine besondere Umsatzerhöhung für das Auslandsgeschäft. Diese Erweiterung des Aktionsradius ermöglichte auch eine erhebliche Auffüllung der Belegschaften, die, während der Rationalisierung von 6600 auf 4500 zusammengeschmolzen, heute wieder auf über 6000 Mann angewachsen sind. Dabei leistet die noch nicht ganz auf ihren alten Stand gebrachte Belegschaft heute mehr als das Vierfache der früheren Produktion.

In der mit dem 31. Oktober 1926 abschließenden Jahresbilanz kommt dieser Aufschwung natürlich erst in seinem Anfang zur Geltung; jedoch gibt der Abschluß interessante Anhaltspunkte für die planmäßige Umstellungs- und Rekonstruktionspolitik der Verwaltung. Auf die Anlagen werden 0,77 gegen 1,0 Millionen Abschreibungen im Vorjahre ausgewiesen und der restliche Reingewinn von rund 48 000 M. wird auf neue Rechnung vorgezogen. Von den 8,2 Mill. Mark Borsarsattien werden 6,2 Millionen eingezogen und die restlichen 2,0 Millionen dem Stammkapital zugeführt, das sich somit auf 19,25 Millionen erhöht. Der aus der Zusammenlegung erzielte Buchgewinn

ist dem Reservefonds zugewiesen, der mit 7,0 gegen 2,6 Mill. Mark erscheint. Die Fabrikeinrichtung wird nach der erfolgten Mechanisierung mit 4,3 gegen 3,3 Millionen, um eine Million höher, bewertet, wobei allein auf den Maschinenpark fast 0,8 Millionen Zugänge entfallen. Von den 4,7 auf 5,5 Millionen angewachsenen Forderungen stehen zwar 8,6 Millionen Schulden gegenüber, jedoch werden diese durch die in der Konjunktur jetzt zum Teil freigemachte Borsarsattien von 10,9 Mill. Mark vollständig gedeckt. Da außerdem noch reichliche Mittel durch die in Verkehr gesetzten 2,0 Millionen Borsarsattien dem Unternehmen zusteßen, ist die finanzielle Lage als günstig zu bezeichnen.

Wertstofftagung 1927.

Die deutsche Wirtschaft stand während der Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre im Zeichen der Erschöpfung, die den Aufschwung unserer Industrie wirklich nicht gefördert haben. Mit der Ueberwindung der Erschöpfung verknüpft sich, gleichsam die natürliche Reaktion, eine intensive Erforschung der Materialien nicht nur durch die wissenschaftlichen Institute, sondern durch alle Kreise der Industrie. Deutsche Forscherfertigkeit hat hier zu beachtlichen Ergebnissen geführt, die in einer Wertstofftagung dem Inland und Ausland gezeigt werden sollen. Die Tagung selbst wird vom 22. Oktober bis zum 15. November 1927 in der Ausstellungshallen am Kaiserdamm stattfinden.

Verantwortlich für das Unternehmen zeichnet der Verein Deutscher Ingenieure, der Verein der Eisenhüttenleute, die Gesellschaft für Metallkunde und der Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie. Die Tagung ist eine ganz neue Erscheinung. Sie ist weder Messe, da nicht die einzelnen Firmen hervor- und an den Käufer herantreten, sondern die gesamte Wertstoffherzeugung und ihr gegenwärtiger Stand für die deutsche Industrie sprechen soll. Sie ist aber auch nicht Ausstellung, da mit ihr z. B. Vorträge in der Technischen Hochschule in Charlottenburg verbunden sind und sie sich nicht darauf beschränkt wird, die Verwendbarkeit der Wertstoffe durch Worte oder graphische Darstellungen anzukündigen. Vielmehr handelt es sich um eine lebendige Demonstration der geleisteten Arbeit durch genaue Prüfungen und Versuche, die an Ort und Stelle vorgenommen werden. Weit mehr als 200 Materialprüfmaschinen werden den Besuchern das auch heute noch für viele in der Technik tätige Menschen so geheimnisvoll erscheinende Prüfwerkzeuge einführen. Es werden u. a. eine elektrische Hochspannungsprüfanlage, die mit einer Million Volt arbeitet, große Maschinen zur Bestimmung der Zerreißfestigkeit, Streckgrenze, Biegefestigkeit, Härte usw. aufgebaut sein. Auch neuzeitliche Mikroskope werden die Materialstruktur an zahlreichen Schläfen erkennen lassen. Die Veranstaltung sei besonders den Genossen und Gewerkschaften empfohlen, die in der Eisenindustrie tätig sind, da es sich hier um einen Anschauungsunterricht größten Stils handelt. Wegen der unendlichen Fülle des zu verarbeitenden Materials werden im Interesse einer guten Uebersicht auf der Schau 1927 nur Stahl und Eisen, Nichtfermetalle und elektrotechnische Isolierstoffe gezeigt. F. D.

7 Proz. Dividende bei der Leonhard A. G. Das mitteldeutsche Braunkohlenrevier stellt bekanntlich eine Hochburg des sozial-reaktionären Unternehmertums dar, aus dessen Kreisen sich die Kämpfer im Streit um das Knappheitsgesetz und andere soziale Maßnahmen der letzten Zeit rekrutierten. Abgesehen von den schlechtesten Bezirken hat der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau die schlechtesten Arbeitszeit- und Lohnbedingungen aufzuweisen, die von den dortigen Unternehmern mit der ständigen Klage über die Abgaben und Ueberlastung mit sozialen Abgaben begründet wurden. Wie es in Wirklichkeit um den Bergbau in diesen Revieren steht, zeigt der jetzt erschienene Jahresabschluss der Braunkohlenwerke Leonhard A. G. bei Zeitz, die mit einem Aktienkapital von 8 Millionen eins der führenden Braunkohlenunternehmen Mitteldeutschlands darstellen. Trotz etwas verringerter Förderung wird ein von 1,8 auf 1,9 Millionen Mark erhöhter Rohgewinn ausgewiesen und nach Abzug der Unkosten und Abschreibungen ein Reingewinn von 0,56 Millionen Mark, aus dem eine 7 prozentige Dividende gegen 6 Proz. im Vorjahr gezahlt wird. Die ständigen Klagen der Unternehmer über die steuerlichen Belastungen werden am treffendsten durch die Senkung der Steuern von 493 000 auf 412 000 M. gekennzeichnet. Die im Vorjahr mit 8,3 Millionen bewerteten Anlagen haben durch weitere Mechanisierung der Betriebe im Laufe des Jahres Zugänge in Höhe von über 700 000 M. erfahren, während angesichts des günstigen Jahresabschlusses rund 760 000 M. von den Anlagewerten abgeschrieben werden konnten. Auch die laufenden Konten weisen einen günstigen Stand auf. Die Schulden von 1 Million sind fast um die Hälfte auf 0,59 Millionen Mark abgezahlt, die durch 1,15 Millionen Forderungen und Beteiligungen doppelt gedeckt sind.

Von der Arbeitsgemeinschaft zum Preiskartell.

Vor Preiserhöhungen für Kunstseide.

Vor kurzem haben, wie bereits gemeldet, die mit der Erzeugung und Verarbeitung von Kunstseide sowie mit der Verteilung kunstseidener Fabrikate sich befassenden Zweige der Industrie, des Groß- und Einzelhandels eine Arbeitsgemeinschaft geschlossen, die den Namen „Arbeitsgemeinschaft Deutsche Kunstseide“ führt. Es scheint nun, daß dieser neue Verband neben anderen Aufgaben sich das Ziel gesetzt hat, ein Preiskartell für Kunstseide anzubahnen. Wird doch aus den Kreisen der Industrie folgendes mitgeteilt:

Zu den Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft Kunstseide soll es gehören, durch innigen Gedankenaustausch und gemeinsame Zusammenarbeit der einzelnen beteiligten Gruppen stets neue Verwendungsgebiete für die Kunstseide zu erschließen und den Qualitätsgedanken zu pflegen. Daß es zu dieser Zusammenarbeit gekommen ist, ist wieder ein Beweis für die Bedeutung, die die Kunstseide speziell im letzten Jahr für die deutsche Wirtschaft erlangt hat. Noch vor einem Jahre lagen die Verhältnisse wesentlich ungünstiger.

Anfang vorigen Jahres war der Kunstseidemarkt, insbesondere auch durch billige Angebote ausländischer Konkurrenzfabriken, für geringwertige Ware vollständig zerrüttet. Es war eine derartige Behinderung des Marktes eingetreten, daß es dem Hersteller unmöglich war, eine auch nur einigermaßen richtige Kalkulation aufzumachen, da die Verkaufspreise für die von ihm zu verarbeitende Kunstseide ständigen Veränderungen unterworfen waren. Im Interesse der Befriedigung dieser unbehaltbaren Verhältnisse haben sich leinerzeit die führenden deutschen Kunstseidefabriken unter Hinzuziehung ihrer zum Teil gegenwärtigen Interessen entschlossen, die von ihnen hergestellte Kunstseide nach einheitlichen Normen zu sortieren und gleiche Preise, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen zu stellen. Den an dieser Preisveränderung beteiligten Firmen ist es gelungen, das gesteckte Ziel zu erreichen.

Ebenso vertreten sie die Auffassung, daß die deutschen Kunstseidefabriken bisher eine Preispolitik getrieben haben, die auch nicht ohne günstigen Einfluß auf die Entwicklung und den Verbrauch der Kunstseide in Deutschland geblieben ist. Obgleich die Erlöse, welche die Kunstseidefabriken zurzeit in Deutschland erzielen, alles andere als gewinnbringend sind, haben die Fabriken an den niedrigen Preisen bis jetzt unverändert festgehalten. Inzwischen sind allerdings die Rohmaterialien, Chemikalien, Löhne und sozialen Kosten so wesentlich gestiegen, daß man wohl voraussehen kann, daß die deutschen Kunstseidefabriken nicht werden umhin können, diese Faktoren über kurz oder lang in ihrer Preisstellung zu berücksichtigen.



Solch
schönes Haar

schimmernd und schmiegsam
wie Seide - möchten Sie selbst es
besitzen? Erfüllung des Wunsches
ist leicht - wöchentlich Waschen
mit Schwarzkopf-Schaumpon

Schaumpon

mit dem schwarzen Kopf

Pudern Sie in der Zwischenzeit öfters Ihr Haar mit dem neuen
Schwarzkopf-Trocken-Schaumpon, der Haarwäsche ohne
Wasser! In 3 Minuten ist Ihr Haar wieder lockt und duftet!